



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Gefeiert
Worte und Wünsche
zum Jubiläum

Geplant
Termine für den
Herbst und 2022

Gewählt
Der Norden
im Bundestag

03 Meldungen

75 Jahre Land Schleswig-Holstein

05 Festakt in Schleswig: „Geburts- tagskind sind die Menschen“



Einen Kuchen mit Landeswappen gab es für die Gäste des Bürgerfestes.

06 Demokratiepreis für Großbritannien

07 Gedenken an 60 Jahre Mauerbau, Schülerbotschafter unterwegs im Land

08 „Emmi“ für Platt-Schnacker, Comic zum Landesjubiläum

09 75 Jahre SH: das Quiz

10 Rückblick 1996: Debatte über die Rolle der Heimatvertriebenen

12 Aus dem Plenum: Munition im Meer, Strom für die Marschbahn, Schloss Gottorf, Schloss Eutin, Leid in Kinderheimen

14 Personalien

15 Die Seite für das Ehrenamt

16 Im Zentrum: der Sitzungskalender für das kommende Jahr



Am 8. Mai wählt Schleswig-Holstein einen neuen Landtag.

18 Plenum: Katastrophenschutz nach der Flut, Kinderwunschbehandlung, Transparenzoffensive im Landtag, Disput über Gender-sprache, Ziel: null Verkehrstote

21 Einfache Sprache: Hilfe für die Menschen aus Afghanistan

22 Corona: „Normalität“ an den Schulen, die Lage im Grenzland, „Paradigmenwechsel“ für den Herbst

24 Bundestagswahl: Analysen, Zahlen, Grafiken, Namen zum 26. September



28 Abgeordnete aus dem Norden ziehen in den Reichstag ein.

26 Ausschüsse: „Airbnb“, Helgoland, Hafenschlick, Brexit, politische Bildung

28 Altenparlament fordert Konsequenzen aus Corona

29 Die Landtagsbibliothek gibt Büchertipps: Nachkriegsjahre, Wahlsystem, Ahnenkult

30 Im Porträt: Marret Bohn (Grüne), Lars Harms (SSW)

31 Ins Bild gerückt: Zu Besuch im Landeshaus

32 Termine, Termine, Termine

ZÄHLBARES

3,5%

So hoch ist der Anteil der Menschen in Schleswig-Holstein an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik. Sie leben auf 4,4 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands.

Mehr zum Landesjubiläum ab Seite 5



Der Schnappschuss

Das Wacken-Open-Air und seine berühmten Gäste, von den Scorpions über Motörhead bis Alice Cooper, sind ein Motiv des Comicheftes zum Landesjubiläum. Mehr: Seite 5

Auch unser Titelbild stammt aus der Feder der Comiczeichner.

Landtagspräsident Schlie im Home-Office – Vizes springen ein

Landtagspräsident Klaus Schlie hat sich Anfang August einem operativen Eingriff unterziehen müssen und arbeitet seitdem im Home-Office. Die Leitung der Landtags-sitzungen sowie weitere Termine wurden deswegen in den vergangenen Wochen von den Vizepräsidentinnen Kirsten Eickhoff-Weber, Aminata Touré und Annabell Krämer wahrgenommen.



Ralf Stegner: persönliche Worte zum Abschied



Nach seiner Rückkehr vom Rednerpult bekommt Ralf Stegner (mit Maske) stehenden Applaus.

Mit versöhnlichen Worten hat sich der lang-jährige SPD-Fraktionschef Ralf Stegner Ende September aus dem Landtag verabschiedet. „Ich bin ein streitbarer Redner, das wissen Sie. Sollte ich den einen oder anderen verletzt haben, dann tut mir das leid, dann war das nicht beabsichtigt“,

sagte Stegner in einer persönlichen Erklärung im Parlament. Abgeordnete erhoben sich anschließend von ihren Sitzen. Stegner wurde am 26. September in den Bundestag gewählt, sein Landtagsmandat wird er voraussichtlich Ende Oktober niederlegen.

Stegner wandte sich mit persönlichen Worten an Ministerpräsident Daniel Günther, Landtagspräsident Klaus Schlie sowie die Fraktionschefs von CDU, Grünen, FDP und SSW. Der im Home-Office arbeitende Schlie ließ über Vizepräsidentin Kerstin Eickhoff-Weber ausrichten, er habe Stegner als engagierten und streitbaren Kollegen schätzen gelernt: „Sie haben Ihre Fahne nicht nach dem Wind gedreht, auch wenn der mal von vorne kam.“ Stegner habe dem Land politisches Gewicht verliehen.

Landwirtschaftsexperten kümmern sich auch um Digitales

Der Umwelt- und Agrarausschuss hat Ende August den digitalen Wandel als zusätzlichen Arbeitsschwerpunkt dazu bekommen und firmiert jetzt als „Ausschuss für Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Fischerei, Forsten, Natur, Umwelt und Digitalisierung“. Das besagt eine Änderung der Geschäftsordnung, die Jamaika, SSW und AfD beschlossen haben.

Damit entspricht der Zuschnitt weitgehend dem des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung unter Minister Jan Philipp Albrecht (Grüne). Die SPD votierte dagegen: Die Digitalisierung sei gut im Innen- und Rechtsausschuss aufgehoben gewesen.

Schleswig-Holstein übergibt LPK-Vorsitz an Bremen

Der Kieler Landtag hat den Vorsitz der Konferenz der Landtagspräsidenten, des Bundestages und des Bundesrates (LPK) an Bremen weitergegeben. Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff nahm Mitte September den Staffelstab in Empfang. Die Bremische Bürgerschaft hat bereits seit dem 1. Juli die Federführung für

die LPK sowie für die Landtagsdirektorenkonferenz inne. Während der einjährigen Amtszeit des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat sich die LPK erfolgreich für einen Sitz der Landesparlamente in der Konferenz zur Zukunft Europas eingesetzt, die die EU-Kommission ins Leben gerufen hat.

Wortwörtlich

„In dieser außergewöhnlichen Situation waren wir fest davon überzeugt, dass wir unser Land nicht nur gut durch, sondern gestärkt aus der Krise führen wollen. Die Entscheidung, die wir zu treffen hatten, hieß: Sparprogramm oder Notkredit, Arbeiten auf Sicht oder mit Fernrohr. Wir haben uns für den Notkredit und für das Fernrohr entschieden.“

(Finanzministerin Monika Heinold, Grüne)

...

„Es ist zwar der letzte Jamaika-Haushalt in der laufenden Legislaturperiode, aber auch für die kommende Wahlperiode erscheinen mir gemeinsame Haushalte von CDU, Grünen und FDP nicht unwahrscheinlich, und ich halte das sogar für wünschenswert.“

(Tobias Koch, CDU)

...

„Der letzte Haushalt dieser Jamaika-Koalition ist nicht imstande, Antworten auf die drängenden Fragen zu liefern. Es ist Zeit, dass die SPD das Ruder übernimmt. Es ist Zeit, dass sich die CDU in der Opposition neu sortiert. Es ist Zeit für eine soziale und ambitionierte Politik.“

(Serpil Midyatli, SPD)

...

„In der kommenden Wahlperiode müssen die Anstrengungen im Bereich Klimaschutz weiter verstärkt werden. Die Maßnahmen, die in den nächsten fünf Jahren getroffen werden, entscheiden darüber, ob wir die Pariser Klimaziele noch einhalten können.“

(Eka von Kalben, Grüne)

...

„Wir bekennen uns zur Schuldenbremse. Wer bei Steuern und Abgaben mittlerweile Weltmeister ist, sollte in normalen Zeiten nicht auf Kosten zukünftiger Generationen wirtschaften müssen.“

(Christopher Vogt, FDP)

...

„Die Suppe wird dünner. Und wir werden uns darauf einstellen müssen, dass die tiefen finanziellen Einschnitte nun nicht nur auf dem Papier da sind, sondern sich schon bald auch konkret auswirken werden.“

(Lars Harms, SSW)

...

„Der vorliegende Haushaltsentwurf ist ein auf dem Corona-Notkredit aufbauender Wahlkampfhaushalt. Und darin finden sich dann auch die bereits bekannten Wahlkampfgeschenke für die schwarz-grün-gelbe Klientel.“

(Jörg Nobis, AfD)

Aus der Ersten Lesung des Landeshaushalts 2022 am 22. September. Geplant sind Einnahmen von 13,5 Milliarden Euro und Ausgaben von 14,4 Milliarden. Die Differenz soll mit neuen Schulden, Corona-Notkrediten und Rücklagen gedeckt werden.

Wie es mit dem Haushalt weitergeht: Seite 16.

Erntekrone aus dem Herzogtum Lauenburg für das Landeshaus

Mit dem Beginn der Erntezeit hat die Landjugend dem Parlament wieder das traditionelle Symbol des Erntedanks überbracht. Den Kranz aus Getreideähren hat in diesem Jahr der Kreislandjugendverband Herzogtum Lauenburg gebunden. Die Jugendlichen überreichten die Erntekrone am Rande der September-Tagung als Herbstgruß an Parlamentsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber. Gemeinsam mit weiteren Abgeordneten hängten sie die Krone in der Eingangshalle des Landeshauses auf.



Wandteppich aus dem alten Plenarsaal kehrt zurück

Im Treppenaufgang zum ersten Stock des Landeshauses hängt seit Ende September der Wandteppich des Kieler Künstlers Alwin Blau aus dem Jahr 1950, der bis 2002 jahrzehntelang den alten Plenarsaal geschmückt hat. Der Teppich musste vor 19 Jahren mit dem Neubau des gläsernen Plenarsaals weichen – und ist nun auf Wunsch von Landtagspräsident Klaus Schlie ins Landeshaus zurückgekehrt. Zuletzt war das Kunstwerk mit Schleswiger Löwen, Holsteiner Nesselblatt und landschaftlichen Szenen Teil einer Wappenausstellung im Landesarchiv Schleswig.



Volksinitiative Windkraft: Schleswig bestätigt Landtag

Ein Vetorecht für Gemeinden beim Bau von Windkraftanlagen im Landesplanungsgesetz ist nicht verfassungskonform. Der entsprechende Gesetzentwurf der Volksinitiative „Für die Durchsetzung des Bürgerwillens bei der Regionalplanung Wind“ verstoße gegen das Rechtsstaatsgebot und damit gegen Artikel 48 Abs. 1 Satz 2 der Landesverfassung, verkündete das Landesverfassungsgericht Ende September in Schleswig. Die Initiative sei unzulässig (LVerfG 1/18).

Die Initiative will, dass die Landesplanung keine Windparkflächen in Orten ausweist, wo es dazu ablehnende Voten des Gemeinderates oder entsprechende Bürgerentscheide gibt. Das Rechtsstaatsgebot beinhaltet nach Auffassung des Landesverfassungsgerichts jedoch das sogenannte Gebot gerechter Abwägungen der von einer öffentlichen Planung berührten privaten und öffentlichen Belange. Landtagspräsident Klaus Schlie begrüßte das Urteil, „das die Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Landtages bestätigt“. Der Europaparlamentarier und ehemalige Landtagsabgeordnete Patrick Breyer (Piraten), einer der Initiatoren, forderte eine Verfassungsänderung: „Dass die Verfassung es gegenwärtig verbietet, Windparks im Einklang mit dem Gemeinde- und Bürgerwillen zu planen, zeigt einmal mehr: Direkte Demokratie muss ins Grundgesetz aufgenommen werden.“

Ostseeparlamentarier begehen 30. Jubiläum

Umweltschutz, Artensterben, ein gemeinsames Vorgehen gegen Covid-19, Verkehrsverbindungen und die Gefahr von Desinformation und Fake News – dies waren nur einige der insgesamt 47 Punkte, die die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) Ende August in ihrer diesjährigen Abschlussresolution thematisiert hat. Rund 190 Abgeordnete aus dem Ostseeraum und aus Nordeuropa waren einen Tag lang in einer Online-Konferenz zusammengekommen, darunter auch eine Delegation des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Insbesondere die aktuellen Bedrohungen für Menschenrechte und die freie Presse sowie die Unterdrückung oppositioneller Stimmen in Belarus bereiteten Sorgen. „Die Demokratie sollte nie als Selbstverständlichkeit gesehen werden“, mahnte der Gastgeber, der Präsident des schwedischen Reichstags, Andreas Norlén.

Es war das 30. Treffen seit 1991. In der BSPC sind Parlamentarier aus Deutschland, Russland, Polen, Schweden, Norwegen, Finnland, den Åland-Inseln, Dänemark, Grönland, den Färöer-Inseln, Island, Estland, Lettland und Litauen vertreten. Aus Deutschland kommen Abgeordnete des Bundestages sowie der Landesparlamente von Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern.

Mehr: www.bspc.net

75 Jahre Schleswig-Holstein: Festakt und Bürgerfest „Eigentliches Geburtstagskind sind die Menschen“

Vor 75 Jahren – genau am 23. August 1946 – trat die Verordnung Nr. 46 der britischen Militärregierung in Kraft, die den ehemaligen preußischen Provinzen die staatsrechtliche Stellung von Ländern zuerkannte. Damit war das Bundesland Schleswig-Holstein geboren. Ein Dreivierteljahrhundert später, am 22. August 2021, gedachte der Norden bei einem Bürgerfest am Schloss Gottorf in Schleswig dieses Jubiläums. Rund 10.000 Besucher genossen unter Corona-Bedingungen das bunte Angebot in dutzenden Pavillons, wo sich Verbände, Vereine, Forschungseinrichtungen, Bundeswehr und Hilfsorganisationen präsentierten. Auch der Landtag war mit seinem Messestand dabei.

„Landtag ist älter als das Land“

In das Bürgerfest war ein von Parlament und Regierung ausgerichteter Festakt mit 270 geladenen Gästen eingebettet. „Eigentliches Geburtstagskind ist nicht das Land, es sind seine Menschen“, betonte Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber. Und sie unterstrich die Bedeutung des Landesparlaments: Die stabile Demokratie, „die heute zweifellos das Fundament unseres Landes ist“, sei eng verbunden mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag. Denn bereits sechs Monate vor dem offiziellen Gründungstag seien am 26. Februar 1946 zum ersten Mal die von der britischen Militärregierung ernannten



Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber auf dem Festakt in Schleswig: „Das Land Schleswig-Holstein und seine Menschen haben seit 1946 einen beachtlichen Weg zurückgelegt, der eine echte Erfolgsgeschichte ist.“

Mitglieder des ersten Landtages zusammengekommen: „Mit Blick auf unser heutiges Land Schleswig-Holstein lässt sich ohne Übertreibung sagen: Am Anfang war nicht das Land, am Anfang war der Landtag.“ Im Parlament seien die Weichen für die Modernisierung des Landes gestellt worden, „für ein Ende des unseligen Grenzkampfes und für die Anerkennung der Rechte der nationalen Minderheiten und Volksgruppen, für die Energiewende und für den Naturschutz“. Die Vizepräsidentin bilanzierte: „Heute leben wir in einem demokratischen, wohlhabenden und vor allem lebens- und liebenswerten Land.“

„Zäh, weltoffen, gelassen“

Anfangs habe es große Zweifel an der Lebensfähigkeit des Landes gegeben, sagte der Historiker Prof. Uwe Danker, Direktor der Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte der Uni Flensburg. Doch Schleswig-Holstein habe sich als zäh, nachhaltig, lebensfähig und lebenslustig erwiesen. In seinem Festvortrag erinnerte Danker an die desaströsen Rahmenbedingungen nach dem Krieg mit Hunger, Zerstörung und Wohnungsnot. 1946 lebten im Lande rund 2,6 Millionen Menschen, eine Million davon waren als Flüchtlinge und Vertriebene aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien gekommen und oft nicht willkommen, wie Danker sagte. „Diese Menschen haben eine großartige Integrationsleistung vollbracht“, betonte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU). Die Kriegsflüchtlinge hätten das Land wesentlich mit aufgebaut. Auch 2015 seien die Schleswig-Holsteiner offen auf die Flüchtlinge zugegangen. Die Menschen im Land hätten in den 75 Jahren oft bewiesen, dass sie Chancen ergreifen und Herausforderungen meistern könnten. Schleswig-Holstein habe eine tolle Innovationskraft, sei weltoffen, und die Menschen zeigten eine gewisse Gelassenheit auch in Krisenzeiten. „Darauf bin ich verdammt stolz“, so Günther.



Schwungvolles Bürgerfest vor Schloss Gottorf: Tänzerinnen in traditioneller Stapelholmer Tracht präsentieren Brauchtum aus der Region an Eider, Treene und Sorge.

Demokratiepreis: „Allergrößte Dankbarkeit“ für Großbritannien

Schleswig-Holstein verbindet eine besondere Beziehung mit Großbritannien, denn die damalige Besatzungsmacht war 1946 Geburtshelferin der Demokratie im Norden. Zum 75. Jubiläum des nördlichsten Bundeslandes hat der Landtag seinen

Demokratiepreis, den er jährlich gemeinsam mit den schleswig-holsteinischen Sparkassen vergibt, an das Vereinigte Königreich verliehen. Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber überreichte die Auszeichnung bei einem Festakt im

Plenarsaal an die britische Botschafterin in Deutschland, Jill Gallard. Der Tag der Preisverleihung, der 15. September, ist der Internationale Tag der Demokratie. An diesem Tag fand im Lande im Jahr 1946 auch die erste Kommunalwahl nach dem Krieg statt.



Botschafterin Jill Gallard

Die Nachkriegsentwicklung Schleswig-Holsteins sei eine „Erfolgsgeschichte“, betonte Botschafterin Gallard. Das Land könne „stolz darauf sein, was es in 75 Jahren geschafft hat“. Für die Zukunft sei sie optimistisch, unterstrich die Diplomatin – trotz Brexit: „Wir haben die EU verlassen, aber nicht Europa, Deutschland oder Schleswig-Holstein.“ Sie verwies auf „enge Verbindungen“, etwa die Städtepartnerschaften zwischen Kiel und Coventry sowie Flensburg und Carlisle. Es gebe Jugendaustausch und Kulturdialog, und die

Bundesregierung und das britische Kabinett träfen sich zu gemeinsamen Sitzungen. „Der Rahmen hat sich verändert, unsere Gemeinsamkeiten nicht“, so die Botschafterin.

Der Preis ist mit 3.000 Euro dotiert. Botschafterin Gallard reichte den Betrag an Nik Aaron Willem und Asadullah Haqmal aus Kiel weiter. Die beiden warnen in ihrem Roman „Grüne Tiger“ vor den Folgen der Erderwärmung. Mithilfe des Preisgeldes soll das Werk nun auch als Hörbuch erscheinen.

Der Kölner Historiker Prof. Jürgen Elvert, früher an der Uni Kiel aktiv, nannte die Ehrung Großbritanniens in seiner Laudatio „überfällig“. Die Briten seien zunächst Befreier vom Nazi-Regime gewesen und hätten dann nach der Zerschlagung des NS-Machtapparates und der Auflösung des Staates Preußen eine neue Verwaltungsstruktur geschaffen, zu der demokratische Institutionen hinzukamen: politische Parteien, freie Medien, ein Landtag und eine Regierung. Auch die Ernennung Kiels

zur Landeshauptstadt sei eine britische Entscheidung gewesen. Anschließend hätten die Besatzer das Bestehen Schleswig-Holsteins sichergestellt – gegen Bestrebungen, das bettelarme Land an Hamburg und Niedersachsen anzugliedern und auch gegen pro-dänische Abspaltungstendenzen im Norden. Und schließlich sei aus den 1946 gegründeten Ländern drei Jahre später die Bundesrepublik hervorgegangen, und auch die Keimzelle der europäischen Annäherung sei damit gelegt worden.



Historiker Jürgen Elvert



Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber

Es sei Großbritannien zu verdanken, dass die Menschen in Schleswig-Holstein seit 75 Jahren in Selbstbestimmung, Demokratie und Freiheit leben könnten, sagte Vizepräsidentin Eickhoff-Weber. Als die britische Armee im Mai 1945 ins Land gekommen sei, habe auf Seiten der Sieger Misstrauen und Vorsicht geherrscht. „Deutsche Bomber hatten britische Städte in Schutt und Asche gelegt“, und entsprechend sei Schleswig-Holstein „Feindesland“ gewesen. Dennoch hätten die Briten den Versuch unternommen, aus einem

„Volk der Täter und Mitläufer“ ein Volk von Demokraten zu machen, zunächst in den Kommunen und dann auf Landesebene. Für diesen Vertrauensvorschuss und die Vermittlung „ewiger und unverrückbarer Werte“ sprach Eickhoff-Weber dem Vereinigten Königreich die „allergrößte Dankbarkeit“ aus. Die Verleihung des Preises sei Verpflichtung und Aufgabe zugleich, die Werte der Demokratie zu verteidigen, und Menschen, die heute noch in Unfreiheit und Unterdrückung lebten, in ihrem Streben nach Freiheit zu unterstützen.

Mehr zum Thema Brexit auf Seite 27

60 Jahre Mauerbau

„Der Wunsch nach Freiheit war stärker“

Mehr als vier Jahrzehnte lang war der Osten Schleswig-Holsteins geprägt von der Innerdeutschen Grenze. Scharfe Kontrollen auf DDR-Seite und ab 1961 auch Mauer und Stacheldraht trennten Ostholstein, Lübeck und das Herzogtum Lauenburg von den Mecklenburger Nachbarn. Am 13. August, zum 60. Jahrestag des Mauerbaus, haben die Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in Schwerin gemeinsam der Ereignisse und der Opfer der deutschen Teilung gedacht.

„Die vielleicht wichtigste Botschaft des Jahrestages des Mauerbaus ist eine universelle Botschaft: Mauern und Zäune sind niemals eine Lösung. Den Freiheitsdrang der Menschen, ihr Wunsch nach Frieden, Gerechtigkeit und nach einem Leben in Würde halten Mauern und Zäune nicht auf“, sagte Schleswig-Holsteins Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré bei der Gedenkveranstaltung im Schweriner Schloss, dem Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Zuvor hatte das Kieler Parlament im Juni die Bedeutung des Datums betont: „Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, den nachfolgenden Generationen Geschichtsbewusstsein zu vermitteln und gerade jungen Menschen die damaligen Geschehnisse und Entwicklungen und ihre Ursachen nachhaltig näher zu bringen“, heißt es in einem mit großer Mehrheit verabschiedeten Antrag.

Vor rund 150 Gästen betonte die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Birgit Hesse: „Dass wir uns heute gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden aus Schleswig-Holstein an die Geschehnisse von damals erinnern, ist ein Zeichen der Verbundenheit unserer beiden Länder und steht auch dafür, dass die Mauer für beide Seiten weit mehr als einen geografischen Einschnitt bedeutete.“ Mit Blick auf die Machenschaften der damaligen SED-Herrschaft erinnerten Hesse und Touré an auseinandergerissene



Gemeinsames Gedenken (v. li.): Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, die schleswig-holsteinische Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré, die Schweriner Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Familien, Freundschaften, Verbindungen und an die noch immer ungezählten Todesopfer entlang der Grenze.

Am 13. August 1961 hatte der Bau der Berliner Mauer begonnen, der die deutsche Teilung besiegelte. Sie ging nach mehr als 28 Jahren erst mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 und der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 zu Ende. Allein in Berlin starben nach dem Mauerbau nach wissenschaftlichen Erkenntnissen mindestens 140 Menschen durch das DDR-Grenzregime.

Eine Aufzeichnung der Veranstaltung ist auf dem YouTube-Kanal des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern zu sehen. Stichworte: Landtag MV, Mauerbau.

„Schülerbotschafter“ vermitteln Grenzland-Erfahrungen

Bis in die 1950er Jahre bestimmten Spannungen das Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen im Grenzgebiet. Inzwischen gilt die Region als Modell für erfolgreiche Minderheitenpolitik. Wie es ist, in Schleswig-Holstein dänisch zu sein oder in Dänemark deutsch zu denken, das vermitteln seit 15 Jahren die „Schülerbotschafter“ – im August und September erstmals auch im Süden des Landes.

Begleitet von den Landtagsvizepräsidentinnen und mehreren Abgeordneten waren die „Botschafter“ im Gymnasium am Mühlberg in Bad Schwartau, in der Gemeinschaftsschule Mölln und in der Johann-Comenius-Schule Thesdorf in Pinneberg zu Gast. Vor Schülern der Oberstufe sprachen sie über ihre eigene „Minderheitengeschichte“ und berichteten aus ihrem zweisprachigen Alltag.

Die „Schülerbotschafter“ sind ein gemeinsames Projekt der drei Minderheiten-Gymnasien Duborg-Skolen (Flensburg), A.P. Møller Skolen (Schleswig) und Deutsches Gymnasium für Nordschleswig (Apenrade), das vom dänischen Grenz- und Kulturverein Grænseforeningen koordiniert wird. In Schleswig-Holstein vermittelt der Verein „Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) Grenz-

friedensbund“ den Einsatz der jungen „Botschafter“. Anlässlich des 75. Landesgeburtstages hat der Landtag die „überregionalen“ Einsätze der „Schülerbotschafter“ finanziert. Die Reise endete mit einem Besuch in der A.P. Møller Skolen sowie einer Abschlussveranstaltung im Haus des ADS-Grenzfriedensbundes in Flensburg.



Zwei Schülerbotschafter (li.) tauschen sich mit Oberstufenschülern des Gymnasiums am Mühlberg in Bad Schwartau aus.

Von Schafen bis Schiller:

Emmi für kreative Platt-Projekte

Platt gehört zum Norden wie Wind und Wellen, und besondere Bemühungen um die Sprache werden mit der Emmy belohnt. Anfang September haben Landtag, Bildungsministerium und Heimatbund den Oscar für Niederdeutsch zum siebten Mal vergeben. Sechs Einzelpersonen, Gruppen und Projekte erhielten im Plenarsaal die eiserne Figur einer Meerjungfrau.

„Platt ist Heimatgefühl“, sagte Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer zur Begrüßung der rund 100 Preisträger und Gäste. Sie verwies darauf, dass der Landtag sich seit Jahrzehnten für die Regionalsprache einsetze und das Plattdeutsche in der Landesverfassung verankert habe: „Wir halten das sehr, sehr hoch.“

Die Preisträger 2021: In der Kategorie Kindertageseinrichtungen ging die Emmy an Sandra Kemper-Petersen und Tanja Krien von der Evangelischen Kindertagesstätte Viöl (Kreis Nordfriesland) für den Film „Böörni het sik verkeken“, in dem ein plattschnackendes Schaf die Hauptrolle spielt. Schulleiterin Tanja Schiprowski und „die plietschen Plattschnacker“ von der Dörfergemeinschaftsschule am Struckteich in Zarpn (Kreis Stormarn) haben während Corona einmal in der Woche

eine Videokonferenz auf Platt abgehalten. Dafür gab es die Emmy in der Kategorie Grundschulen. Aus dem Text „De Bürgschaft“ von Martina Krohn, der auf Friedrich Schillers Ballade basiert, haben Lehrerin Meike Kühl und die Niederdeutsch-AG der Klasse 6e der Auguste-Viktoria-Schule Itzehoe ein Hörspiel erarbeitet – und wurden mit der Emmy in der Kategorie weiterführende Schulen belohnt.

Im Bereich Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten hat Alena Hansen-Wilkens, Studentin der Europa-Universität Flensburg, die Jury mit ihrer Bachelorarbeit zum Thema „Lernsprache Niederdeutsch – zur Qualität und dem didaktischen Potential niederdeutscher Bilderbücher für den gesteuerten Spracherwerbsunterricht an Grundschulen“ überzeugt. Und zweimal gab es eine Ehrenamts-Emmy. Freuen konnten sich Günter Herrmann aus Harrislee (Kreis Schleswig-Flensburg) für sein langjähriges Engagement sowie Steffen Ketelsen und die „Junge Lüüd ut Löwenstedt“, die den Film „In de Juni geev dat immer Erdbeeren“ gedreht haben. Darin wird die Situation von Flüchtlingen mit einem Perspektivwechsel beschrieben: Was wäre, wenn die Menschen in Nordfriesland vor Krieg und Elend aus ihrer Heimat fliehen müssten?



Sandra Kemper-Petersen (mit Puppe) und Tanja Krien aus Viöl präsentierten im Plenarsaal das plattschnackende Schaf Böörni.



Günter Herrmann aus Harrislee ist an der Niederdeutschen Bühne Flensburg aktiv und komponiert Lieder und Musicals für Kinder.

Comic-Heft zum Jubiläum zeigt Geschichte in bunten Bildern

75 Jahre Landesgeschichte als Comic-Zeichnungen – bunt und vielfältig wie Schleswig-Holstein. Das ist die Idee hinter einem Comic-Heft, das Landtag und Landesregierung zum Landesjubiläum gemeinsam mit dem Kieler Comic-Kollektiv „Pure Fruit“ herausgeben.

Die Macher dieser besonderen „Pure-Fruit“-Ausgabe stellen Ereignisse aus Politik, Kultur und Sport der vergangenen 75 Jahre in Bildern dar – sei es die Jahrhundertsturmflut 1962, das letzte Konzert von Jimi Hendrix auf Fehmarn 1970, die große Anti-Atomkraft-Demo in Brokdorf 1981 oder das 100-jährige Jubiläum der friedlichen Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark im Jahr 2020. Entstanden sind Comic-Motive in ganz unterschiedlichem Stil von 15 Zeichnern, zu denen auch der für seine „Werner“-Comics bekannte Brösel gehört.



Das Heft ist kostenlos über das Comic Center Kiel und den Landtag erhältlich: www.sh-landtag.de, Rubrik Service, Stichwort Publikationen. Eine digitale Version ist auf der Website von „Pure Fruit“ abrufbar: www.purefruit-magazin.de

Das Quiz

Sieben Begebenheiten aus dem Land zwischen den Meeren: Zu jeder Antwort gehört ein Buchstabe, und die richtigen Buchstaben ergeben das Lösungswort.

1 Glücklicher Norden I: Welchen Platz nimmt Schleswig-Holstein im „Glücksatlas 2020“ der Deutschen Post für die deutschen Bundesländer ein?

- a) Platz 1 I
- b) Platz 3 L
- c) Platz 8 A
- d) Platz 13 M

2 Glücklicher Norden II: Schleswig-Holstein galt im Jahr 2020 als „Hochburg der Lottogewinner“. Insgesamt 154 Millionen Euro wurden im vergangenen Jahr im Norden ausgeschüttet. Wie viele Menschen im Lande wurden 2020 zum Lotto-Millionär?

- a) 2 R
- b) 4 V
- c) 6 U
- d) 8 T



3 Beim Online-Lexikon Wikipedia gibt es jede Menge über das nördlichste Bundesland zu erfahren. Wie viele Artikel gibt es dort laut einer Zählung aus dem Jahr 2019 über Schleswig-Holstein?

- a) 8.341 K
- b) 12.630 B
- c) 19.751 Z
- d) 24.105 O

4 Tourismusland Schleswig-Holstein: Im Vor-Corona-Jahr 2019 freute sich das Gastgewerbe über eine Rekordzahl an Besuchern. Wie viele Übernachtungen wurden in diesem Jahr im Lande gebucht?

- a) 24,23 Millionen N
- b) 27,81 Millionen W
- c) 32,63 Millionen F
- d) 35,98 Millionen E



5 Heide Simonis wurde 1993 schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin und war damit bundesweit die erste Frau in diesem Amt. Erst 2009 wurde wieder eine Frau zur Regierungschefin eines deutschen Bundeslandes gewählt. Wer war's?

- a) Christine Lieberknecht in Thüringen H
- b) Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen P
- c) Annegret Kramp-Karrenbauer im Saarland M
- d) Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz C

6 Mehrere gebürtige Schleswig-Holsteiner haben einen Nobelpreis erhalten. Zum ersten Mal geschah dies im Jahr 1902. Welcher Landessohn erhielt als erster diese Auszeichnung?

- a) Max Planck für Physik D
- b) Theodor Mommsen für Literatur O
- c) Willy Brandt für Frieden U
- d) Thomas Mann für Literatur G



7 Über den Bundesrat wirkt Schleswig-Holstein an der Gesetzgebung auf Bundesebene mit. Wie viele Stimmen hat der Norden in der Länderkammer?

- a) 3 D
- b) 4 E
- c) 5 S
- d) 6 H

Auflösung: Seite 29

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Zum 50. Jubiläum des Landes ging es um die Heimatvertriebenen.

1996:

Zwischen „beeindruckender“ Leistung für die Demokratie und „Rechtsruck“

Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein im August 1946 fiel in eine Krisenzeit. In den Nachkriegsjahren hungerten die Menschen, die spärlichen Lebensmittel waren rationiert, in den zerbombten Städten fehlte Wohnraum, und zudem war die Einwohnerzahl gegenüber dem Jahr 1939 massiv angestiegen – von 1,6 auf 2,6 Millionen. Der Norden war neben Niedersachsen und Bayern das größte Auffangbecken für Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus den deutschen Ostgebieten. Viele Ostpreußen, Pommern und Schlesier, die von Polen und der Sowjetunion ausgewiesen, teils brutal davongejagt worden waren, lebten nun zwischen Nord- und Ostsee – und sollten das Land in den kommenden Jahrzehnten mitprägen.

50 Jahre später, 1996, beging das Bundesland Schleswig-Holstein sein goldenes Jubiläum, und der Landtag diskutierte über die Rolle der Heimatvertriebenen. Insbesondere CDU und SPD hatten einen unterschiedlichen Blick auf die Ereignisse.

Kontroverse um Brandts Ostpolitik

Die Christdemokraten hatten die Debatte mit einem Entschließungsantrag angestoßen, in dem „das schwere Schicksal von Flucht, Deportation, Vertreibung und Verlust der Heimat“ hervorgehoben wurde. Trotz dieser Mühen hätten die Heimatvertriebenen einen gewichtigen Beitrag „zum Wiederaufbau und zur Überwindung der Folgen des Krieges“ und „zum Aufbau einer

freiheitlichen und demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung“ geleistet, und sie hätten „dem politischen Extremismus und dem Ungeist der Revanche eine Absage erteilt“, heißt es in dem Papier der Union. „Der Anteil, den Vertriebene an der partei-lichen, an der kommunalen und an der landespolitischen Arbeit und Nachkriegs-gestaltung haben“, sei „beeindruckend“, betonte der aus Westpreußen stammende CDU-Abgeordnete Meinhard Füllner in der Aussprache im August 1996. Zudem hätten sie einen entscheidenden Beitrag zur deutschen Einheit geleistet: „Es ist unbestritten, dass das Offenhalten der deutschen Frage auch deshalb so lange möglich gewesen ist, weil die Vertriebenen unnachgiebig Motor und Gewissen für den Willen zur deutschen Einheit gewesen sind.“

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Ute Erdsiek-Rave wollte dieses ausschließlich positive Fazit so nicht stehen lassen. Sie warf Teilen der Vertriebenenverbände und –parteien eine reaktionäre Haltung vor. Es sei offensichtlich, „dass die unvollkommene Entnazifizierung und der unbestreitbare Rechtsruck durch den Wahlblock und den BHE die demokratische Entwicklung in den fünfziger Jahren dieses Landes schlicht schwer belastet haben“. Bei der Landtagswahl 1950 war die Vertriebenenpartei Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) zweitstärkste politische Kraft geworden. CDU und FDP hatten mit der Deutschen Partei (DP) einen „Wahlblock“ geschlossen. „Wahlblock“ und BHE bildeten dann eine gemeinsame Regierung.

Auch beim Thema Deutsche Einheit setzten die Sozialdemokraten, gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner, den Grünen, andere Akzente als die CDU: „Durch die 1969 eingeleitete Entspannungspolitik der Deutschen Bundesregierung konnte der im Kalten Krieg verhärtete Ost-West-Gegensatz entschärft und schließlich von den Völkern Osteuropas in einer demokratischen Wende überwunden werden“, heißt es in einem rot-



Kontroverse Debatte: Meinhard Füllner (CDU), Ute Erdsiek-Rave (SPD), Ekkehard Klug (FDP), Anke Spoorendonk (SSW), Matthias Böttcher (Grüne, v. li.)



Kiel, 1947: Vor der stark beschädigten Marineakademie, dem heutigen Landeshaus, stehen Notunterkünfte für Ausgebombte und Flüchtlinge.

grünen Gegenentwurf zum CDU-Antrag. Dieses Lob der Ostpolitik unter Kanzler Willy Brandt sei dann doch „reichlich vermessen“ und „etwas zu hoch gesteckt“, urteilte der FDP-Abgeordnete und Osteuropahistoriker Ekkehard Klug.

Das „Glück, im Westen zu leben“

Grüne und SSW übten scharfe Kritik an den Landsmannschaften der Vertriebenen und auch an der CDU. „Wir wenden uns ausdrücklich gegen diejenigen, die die Vergangenheit zum Programm machen wollen“, betonte der Grünen-Parlamentarier Matthias Böttcher. Vertriebenenvertreter hätten immer wieder gegen die deutsche Anerkennung der polnischen Westgrenze agitiert, so Böttcher: „Wer heute noch Widerstand gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze leistet oder sich gegen die Mitte der sechziger Jahre begonnene Entspannungspolitik stemmt, den werden wir politisch bekämpfen.“ Anke Spoorendonk (SSW) hob hervor, „dass viele Vertriebenenverbände in den Jahren nach 1945 die Gesellschaft eher polarisiert haben“. Die neue Ostpolitik ab 1969 „ging nicht von den Vertriebenen aus, wurde von ihnen noch nicht einmal mitgetragen“. Der Union machte sie schwere Vorwürfe: „Ein weiteres Problem sehe ich darin, dass

Politiker aus dem bürgerlichen Lager immer wieder der Versuchung erliegen, sich den Vertriebenenverbänden anzubiedern.“ Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle wütende Zwischenrufe von CDU-Abgeordneten: „Frechheit!“ – „Das brauchen wir uns von Ihnen nicht bieten zu lassen!“

Versöhnliche Töne kamen von Bildungsministerin Gisela Böhrk (SPD). Es dürfe nicht darum gehen, „Unrecht gegen Unrecht auszuspielen und Vernichtung gegen Vertreibung aufzurechnen“. Die Ost-Flüchtlinge seien „auf besondere Weise haftbar gemacht“ worden, sie hätten „bezahlt und gebüßt“, und zwar „stellvertretend für die Nation, die in Schutt und Asche untergegangen war, und stellvertretend für die, die das Glück hatten, im Westen zu leben“.

Gedenken an die „Flüchtlinge von heute“

Flucht und Vertreibung endeten nicht im Jahr 1946, und in der Landtagsdebatte wurde ein Bogen zu den aktuellen Problemen geschlagen. 1996 tobten die bewaffneten Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, und der Völkermord in Ruanda hatte die Weltöffentlichkeit schockiert. Sie trete „für die Ächtung und völkerrechtliche Verurteilung der Staaten ein, in denen Menschen aufgrund

ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres kulturellen Hintergrunds verfolgt und vertrieben werden“, unterstrich die Sozialdemokratin Erdsiek-Rave. Deutschland müsse sich um vertriebene Menschen kümmern, forderte der Grüne Böttcher, „auch wenn sie nicht deutsch sind und nicht aus den Nachbarstaaten kommen“. Auch SSW-Frau Spoorendonk erinnerte an das „Schicksal der Flüchtlinge von heute“ und forderte von der CDU die Bereitschaft, „auch künftig Vertriebene in Schleswig-Holstein aufnehmen zu wollen“. Der Liberale Klug mahnte die „Integration der Ausländer“ an, „die nicht selten in diesem Staat, in dieser Gesellschaft geboren wurden, hier aufgewachsen sind, die aber bis heute nicht die gleichen Rechte und Lebenschancen erhalten haben wie andere Bürger unseres Landes“.

Der CDU-Abgeordnete Füllner sah „eine große, friedensstiftende Aufgabe“ darin, den „Bau des Hauses Europa“ voranzutreiben und dadurch insbesondere den Minderheiten in Osteuropa neue Perspektiven zu geben. Das „Haus Europa“ ist in der Tat seit 1996 gewachsen. Damals gehörten der Europäischen Union zwölf Mitgliedsstaaten an – heute sind es 27.

Karsten Blaas

Kieler Bucht, in der Nähe von Laboe: Ein Forschungstaucher der Uni Kiel nähert sich einer versenkten Bombe. Die Munition ist eine Gefahr für Seeleute, Fischer, in deren Netzen die Minen und Torpedos landen können, Taucher und auch für Spaziergänger am Strand, die in Kontakt mit angespültem weißen Phosphor geraten, das wie Bernstein aussieht.



Munition im Meer: wachsende Bedrohung

Das Problem begleitet Schleswig-Holstein seit der Gründung des Bundeslandes: Am Boden von Nord- und Ostsee lagern Unmengen an versenkter Kriegsmunition. In beiden Meeren liegen im deutschen Teil in 71 belasteten Gebieten 1,6 Millionen Tonnen konventionelle und 5.000 Tonnen chemische Munition. Lange Zeit wurde das Problem verdrängt.

Ein Bericht aus dem Umweltministerium beschreibt nun aber die Gefahren für Mensch und Natur: „Die Hüllen der Munitionskörper rosten durch, und ihre Inhaltsstoffe geraten in die Meeresgewässer“, mahnte Minister Jan Philipp Albrecht (Grüne) Ende August im Landtag. „Dort wiederum werden sie von Meeresorganismen aufgenommen und landen dann möglicherweise auf unseren Tellern.“ Deswegen müsse der Einstieg in die Bergung „so bald wie möglich beginnen“. Da Schleswig-

Holstein diese „Mammutaufgabe“ nicht allein bewältigen könne, forderte er eine „faire Lastenverteilung von Bund und Ländern“. Um das Problem komplett zu erfassen, sei zudem ein „nationales Munitionskataster See“ erforderlich.

Die nötige Technologie stehe bereit, so Heiner Rickers (CDU). Er verwies auf ein Pilotprojekt des Bundes, der eine Offshore-Plattform zur Bergung plant. „Wir haben es mit einer tickenden Zeitbombe zu tun, leider im wahrsten Sinne des Wortes“, unterstrich Sandra Redmann (SPD). In vielen Küstengemeinden herrsche große Sorge.

„Es wurde jahrzehntelang einfach weggeguckt“, beklagte Marlies Fitzen (Grüne) die „gefährliche Strategie“ von „aus dem Auge, aus dem Sinn“. Die nächste Bundesregierung müsse das Thema „ganz weit oben auf die Agenda

schreiben“. Dennys Bornhöft (FDP) sah auch positive Aspekte: „Die fachgerechte Entsorgung hat ein enormes Wertschöpfungspotential.“ Schleswig-Holstein sei „der ideale Standort für ein weltweites Cluster zur Entsorgung von Kampfstoffen“.

„Es darf nicht sein, dass alleine Schleswig-Holstein und die anderen Küstenländer diese Bürde tragen müssen“, betonte Christian Dirschauer (SSW). Jörg Nobis (AfD) mahnte: „Wir werden uns von dem Gedanken verabschieden müssen, dass wir alles bergen können.“ Es müsse zunächst darum gehen, sich auf die Gebiete zu beschränken, von denen bekannt sei, dass dort viel Munition versenkt wurde. Die Ausschüsse für Umwelt, Agrar und Digitalisierung, Innen und Recht sowie Europa beraten das Thema weiter.

Marschbahn bald unter Strom?

Als das Land Schleswig-Holstein gegründet wurde, war Sylt noch eine beschauliche Frieseninsel. Heute tummeln sich dort Touristen. Im Jahr 2019 verzeichneten Sylts Beherbergungsbetriebe mehr als 4,8 Millionen Übernachtungen. Hauptzugang zur Insel ist die Bahnstrecke von Hamburg über den Hindenburgdamm. Die Marschbahn könnte nach Ansicht der Landesregierung innerhalb der kommenden drei bis vier Jahre elektrifiziert werden.

Er wolle bei dem Projekt nicht mehr auf Entscheidungen des Bundesverkehrsministers warten, sondern die Strecke zwischen Itzehoe und Westerland über die Gemeindeverkehrsfinanzierung als Landesprojekt aufsetzen, erklärte Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) im August. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde im September in den Landtag eingebracht. Der Bund soll dennoch 90 Prozent der geschätzten Kosten von 400 Millionen Euro zahlen. Der Eigenanteil von 40 Millionen Euro stünde im Haushalt bereit, alle

Gutachten lägen vor, so der Minister weiter. Nötig sei allerdings ein beschleunigtes Verfahren, das auf weitreichende Umweltprüfungen verzichte. Hier sei er in Absprache mit Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne).

Einhellig bezeichnete der Landtag es als „Armutszeugnis“, dass erst knapp 30 Prozent der Bahnstrecken im Land elektrifiziert seien. Mit einem Stromanschluss liefen die Züge schneller, leiser und klimaschonender, so der Tenor.

Misshandlung von Heimkindern: Aufarbeitung wird fortgesetzt

Ein dunkles Kapitel Landesgeschichte: Hunderte Menschen wurden bis in die 1970er Jahre in staatlichen und kirchlichen Einrichtungen Opfer von Gewalt, Erniedrigung und Medikamententests. Dies geschah beispielsweise in Schleswig und Glückstadt. Landtag und Landesregierung haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen auf den Weg gebracht, um die Geschehnisse aufzuklären und um den Opfern zu helfen.

Die Aktivitäten sollen nun in einer Dokumentation dargestellt werden. Diesen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen hat der Landtag Ende September einstimmig an das Sozialministerium gerichtet. „Wir sind verpflichtet, die Arbeit und die Aufklärung über diese Wahlperiode hinaus fortzusetzen“, sagte Werner Kalinka (CDU) mit Blick auf die Landtagswahl am 8. Mai 2022: „Das Schicksal der Heimkinder darf nicht in Vergessenheit geraten.“ Wolfgang Baasch (SPD) kündigte ein weiteres

Symposium im Landtag an, wo Sozialausschuss und Sozialministerium den Betroffenen bereits 2018 ein Forum geboten hatten, um von ihren Erfahrungen zu berichten. Ein Lübecker Forscherteam hat zudem das Thema wissenschaftlich aufgearbeitet. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen voraussichtlich im kommenden Januar vorgestellt werden, sagte Sozialminister Heiner Garg (FDP).

Die Opfer erhielten erst durch Medienberichte öffentliche Aufmerksamkeit. Die Landespolitik hat daraufhin die Stiftung Anerkennung und Hilfe aufgelegt. Bei der beim Landesamt für soziale Dienste in Neumünster angesiedelten Stiftung können Betroffene Entschädigungszahlungen beantragen - bis zu 9.000 Euro pro Person. Weitere 5.000 Euro können gezahlt werden, wenn Betroffene arbeiten mussten, ohne dass dafür Rentenbeiträge entrichtet wurden. Neben dem Engagement von Parlament und Regierung soll das Papier auch die Arbeit des unabhängigen Landesbeauftragten zu diesem Thema, Günther Jesumann, darstellen, wie auch die Aktivitäten der Anlauf- und Beratungsstelle beim Landesamt in Neumünster.

Bilanzen der Schlösser Gottorf und Eutin

Im Schloss Gottorf in Schleswig sind seit 1945 die Landesmuseen für Kunst, Kulturgeschichte und Archäologie angesiedelt, seit 1999 organisiert als Landesstiftung. Seit 1992 besteht die Stiftung Schloss Eutin. Mit beiden befasste sich der Landtag im September.

Das Stiftungsgesetz des Landesmuseums Gottorf wird novelliert. Das hat der Landtag einstimmig beschlossen. Der Gesetzentwurf aus dem Bildungsministerium hebt die bisherige Beschränkung, dass ein neuer Leitender Direktor aus dem Kreis der Direktoren der Landesmuseen gesucht werden muss, auf. Damit ist der Weg für ein öffentliches Neubesetzungsverfahren geebnet. Der Stiftungsrat besteht in Zukunft aus sieben Personen. Auch wird das Organ um eine zweite Person aus der Wirtschaft oder dem öffentlichen Leben erweitert – „um eine gewünschte Fluktuation im Kontrollorgan Stiftungsrat zu ermöglichen“, wie es in dem Gesetzentwurf heißt.

Der Jahresbericht der Stiftung Gottorf beschreibt die Auswirkungen der Corona-Pandemie für 2020. Die Besucherzahlen sind um etwa 40 Prozent zurückgegangen, von 465.000 auf 290.000 Gäste. Die Landesmuseen bauen aktuell eine Sammlung auf, um die Zeit der Corona-Pandemie für die Nachwelt festzuhalten. Und die Digitalisierung hat einen Schub bekommen. Zwei virtuelle Rundgänge

unter Einsatz von virtueller Realität (VR) sind 2020 an den Start gegangen. Auf einem davon kann der Gottorfer Globus, das erste Planetarium der Welt, besichtigt werden. Ein weiterer virtueller Rundgang widmet sich der Sonderausstellung des Jüdischen Museums mit dem Titel „Gerettet, aber nicht befreit“. Zudem sind die Landesmuseen mit „Landesmuseen TV“ seit März 2020 auch auf YouTube vertreten.

Auch die Stiftung Schloss Eutin (Foto) hat dem Landtag ihren Bericht für 2020 vorgelegt. Etwa 21.000 Gäste haben das Schloss im vergangenen Jahr besucht, 30 Prozent weniger als im Vorjahr. Das Museum mit Gemälden, Möbeln und Kunsthandwerk aus dem 17. bis zum 19. Jahrhundert war von März bis Mai sowie ab November 2020 geschlossen.





Daniel Günther, Ministerpräsident und Landtagsabgeordneter, ist Mitte August bei einem Parteitag in Neumünster in seinem Amt als CDU-Landesvorsitzender bestätigt worden. Er erhielt 83,8 Prozent der Delegiertenstimmen. Einen Gegenkandidaten gab es nicht. 191 Delegierte votierten für Günther, 32 gegen ihn, fünf enthielten sich. Der Parteitag bestätigte auch die vier CDU-Landesvizes. Dies sind die Bundestagsabgeordnete und ehemalige Landtagsabgeordnete **Astrid Damerow**, Landtagsfraktionschef **Tobias Koch**, Bildungsministerin

Karin Prien und der Landtagsabgeordnete **Tobias von der Heide**. Der Abgeordnete **Hans-Jörn Arp** wurde in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt.



Peter Sönnichsen, CDU-Landtagsabgeordneter von 2005 bis 2017, ist Anfang September von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Ministerpräsident Günther überreichte die Auszeichnung in Kiel. Damit wurde Sönnichsens

jahrzehntlanges Engagement im Kreis Plön gewürdigt, unter anderem als ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Wankendorf, als Kreispräsident und als Kreisvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Kathrin Bockey, SPD-Abgeordnete aus Geesthacht, ist Ende September zur Bürgermeisterin der Samtgemeinde Elbmarsch in Niedersachsen gewählt worden. Sie erhielt in der Stichwahl 51,6 Prozent der Stimmen.



Blickpunkt Landtag 2022

Thomas Losse-Müller, Staatssekretär von 2012 bis 2017, ist Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl am 8. Mai nächsten Jahres. Diese Entscheidung teilte die Landesvorsitzende Serpil Midyatli Mitte August mit. Der Parteivorstand habe einstimmig für Losse-Müller votiert. Er tritt auch als SPD-Direktkandidat im Wahlkreis Eckernförde an. Losse-Müller war erst im vergangenen Jahr von den Grünen zur SPD gewechselt. Er hatte in der Regierung von SPD, Grünen und SSW von 2012 bis 2014 als Finanzstaatssekretär amtiert und dann bis 2017 als Staatskanzleichef.



Zahlreiche aktuelle Abgeordnete bewerben sich bei der Wahl am 8. Mai kommenden Jahres erneut um ein Mandat im Kieler Landtag:

CDU: Tim Brockmann (Wahlkreis Plön-Ostholstein), Johannes Callsen (WK Schleswig), Claus Christian Claussen (WK Stormarn-Nord), Hauke Götsch (WK Rendsburg-Ost), Daniel Günther (WK Eckernförde), Tobias von der Heide (WK Kiel-Nord), Andreas Hein (WK Dithmarschen-Schleswig), Werner Kalinka (WK Plön-Nord), Lukas Kilian (WK Stormarn-Süd), Peer Knöfler (WK Ostholstein-Nord), Tobias Koch (WK Stormarn-Mitte), Peter Lehnert (WK Pinneberg-Nord), Volker Nielsen (WK Dithmarschen-Süd), Ole Plambeck (WK Segeberg-West), Heiner Rickers (WK Steinburg-Ost), Anette Röttger (WK Lübeck-Süd), Andrea Tschacher (WK Lauenburg-Süd)

SPD: Kai Dolgner (WK Rendsburg), Birgit Herdejürgen (WK Steinburg-Ost), Serpil Midyatli (WK Kiel-Ost), Birte Pauls (WK Schleswig), Sandra Redmann (WK Ostholstein-Süd), Özlem Ünsal (WK Kiel-West), Stefan Weber (WK Segeberg-West)

FDP: Dennys Bornhöft (WK Kiel Ost), Anita Klahn (WK Stormarn-Nord), Annabell Krämer (WK Pinneberg-Nord), Kay Richert (WK Flensburg), Christopher Vogt (WK Lauenburg-Nord)

SSW: Lars Harms (WK Nordfriesland Süd).

Auch mehrere Mitglieder der Landesregierung streben ein Landtagsmandat an:

Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP, WK Stormarn-Mitte), Sozialminister Heiner Garg (FDP, WK Kiel-Nord), Wirtschaftsstaatssekretär Thilo Rohlf (FDP, WK Eckernförde), Innenstaatssekretärin Kristina Herbst (CDU, WK Kiel-West).

Weitere Nominierungen folgen in den kommenden Wochen.

Runde Geburtstage

Joachim Behm aus Bad Bramstedt, von 2000 bis 2005 für die FDP im Landtag, hat am 10. Juli seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Jens-Uwe Dankert aus Eutin, von 2009 bis 2012 für die FDP im Landtag, hat am 27. April seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Manfred Sickmann aus Dithmarschen, inzwischen wohnhaft in Schwerin, von 1983 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 14. Juli seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Ruth Springer aus Kiel, inzwischen wohnhaft in Fröndenberg/NRW, von 1983 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 23. Juli ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Angelika Volquartz aus Kiel, von 1992 bis 1998 für die CDU im Landtag, anschließend Bundestagsabgeordnete und Kieler Oberbürgermeisterin, hat am 2. September ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Ellen Streitbürger aus Lübeck, von 2009 bis 2012 für Die Linke im Landtag, hat am 12. August ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Claudia Preuß-Boehart aus Mölln, von 1992 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 1. September ihren 70. Geburtstag gefeiert

Herzlichen Glückwunsch!

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Sportförderung: Mit ihrem Sportförderungsgesetz will die Koalition „ein klares Bekenntnis zum organisierten Sport in Schleswig-Holstein“, setzen, wie Barbara Ostmeier (CDU) Ende September betonte. Die Reaktionen im Landtag waren positiv, nun berät der Innen- und Rechtsausschuss.

Ziel ist es, „allen Menschen in Schleswig-Holstein unabhängig von persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten sportliche Betätigungen zu ermöglichen, den Zusammenhalt und die Inklusion aller Bevölkerungsteile auf breiter gesellschaftlicher Ebene zu unterstützen und die integrative Kraft des Sports sowie der Sportvereine und der Sportverbände zu stärken“, heißt in der Begründung des Gesetzentwurfs. In Schleswig-Holsteins Sportvereinen sind etwa eine Million Menschen aktiv.

Ein Kernelement ist die Festschreibung der Fördermittel des Landes: Demnach fließen dem Landessportverband jährlich zehn Millionen Euro aus Mitteln des Glücksspiels zu sowie eine Million Euro aus der Landeskasse. Bei den Zielen der Sportförderung wird die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung betont, ebenso wie die Integration von behinderten Menschen und Migranten. Und: Es sei „die Integrität des Sports zu schützen und zu stärken, insbesondere durch Maßnahmen gegen sexuellen Missbrauch und Dopingmissbrauch“.

Özlem Ünsal (SPD) bat darum, in die weiteren Planungen die Landessportverbände und andere Akteure einzubinden. Lars Harms (SSW) sprach sich dafür aus, auch die Förderung des E-Sport in das Gesetz aufzunehmen.

Schuljahr des Ehrenamts: Der Landtag hat Ende September seine Unterstützung für das „Schuljahr des Ehrenamtes“ 2021/22 bekundet. Ein entsprechender Antrag der Jamaika-Koalition wurde von SPD und AfD

unterstützt, der SSW enthielt sich. Mit dem „Schuljahr des Ehrenamtes“ sollen junge Leute ermuntert werden, sich für andere einzusetzen – sei es im Sport, in der Musik, bei der Feuerwehr oder im Naturschutz. Ein Schwerpunkt liegt bei Katastrophen- und Heimatschutzorganisationen wie Freiwilligen Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk oder Sanitätsdiensten.

Zudem werden Patenschaften mit Schulen in den Hochwasser-Katastrophengebieten in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen angeregt. Gemeinnützige Organisationen sollen in den Schulen über ihre Arbeit berichten, und ein Preis für „herausragende Projekte und Aktionen“ soll ausgelobt werden. Weitere Vorschläge sind, ehrenamtliches Engagement im Zeugnis stärker hervorzuheben und die Freistellung vom Unterricht zu erleichtern.

Mit den bereits im Haushalt veranschlagten 100.000 Euro soll die Landesregierung jetzt „Aktionen, Maßnahmen und Projekte initiieren“, um das Thema Ehrenamt bei Kindern und Jugendlichen stärker in den Fokus zu rücken. Das „Schuljahr des Ehrenamts“ folgt dem „Jahr der politischen Bildung“ und dem „Jahr der Nachhaltigkeit“ in den beiden vorangegangenen Schuljahren.

Feuerwehren: Die Freiwilligen Feuerwehren brauchen mehr Mitglieder und sollen deswegen attraktiver werden. Das ist das Ziel einer Änderung des Brandschutzgesetzes, die die Landesregierung Ende September ins Parlament eingebracht hat.

Das Gesetz will etwa die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft und deren Beendigung gesetzlich festschreiben. Zudem soll es künftig möglich sein, dem Wehrvorstand einer freiwilligen Feuerwehr auch als nicht aktives Mitglied anzugehören, etwa um als Mitglied der Verwaltungsabteilung die Kassenverwaltung oder Schriftführung wahrzunehmen.

Der Bewerberkreis für die Kreiswehrführung soll ausgeweitet und die strikte Trennung von Pflichtfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr aufgehoben werden.

Stattdessen sollen auch verpflichtete Mitglieder in eine Freiwillige Feuerwehr integriert werden können. Zudem sollen Gemeinden künftig Entschädigungen und Ersatzansprüche von Feuerwehrleuten der Freiwilligen Feuerwehren auch pauschal abrechnen können. Dies galt bisher nur für die Wehrführungen. Die Altersgrenze für Mitglieder der Verwaltungsabteilung (Ende des Jahres, in dem das 67. Lebensjahr vollendet wird) soll gestrichen werden. Der Gesetzentwurf wird im Innen- und Rechtsausschuss weiter beraten, dort ist eine schriftliche Anhörung geplant.

Volksabstimmungsgesetz: Der Landtag hat die Landesregierung Ende August aufgefordert, bis zur Oktober-Tagung über „die Hintergründe der Verzögerungen bei der Umsetzung einer Anpassung des Volksabstimmungsgesetzes“ zu berichten, wie es in einem entsprechenden Berichts Antrag der SPD-Fraktion heißt. Das Gesetz soll es den Bürgern künftig ermöglichen, mittels einer sicheren Signatur auch online über Initiativen wie etwa Volksbegehren oder Volksentscheide abzustimmen.

Die Sozialdemokraten fordern darüber hinaus Angaben zu den technischen Voraussetzungen sowie einen konkreten Zeitplan zur Umsetzung des Gesetzes. Denn seitdem der Landtag das Volksabstimmungsgesetz beschlossen habe, seien bereits mehr als fünf Jahre vergangen – ohne greifbares Ergebnis. Angesichts der Länge der Zeit sei es darum notwendig, „die Umstände, die zu dieser Situation geführt haben, ausführlich zu schildern und zu begründen sowie präzise Angaben zu machen, bis wann eine Umsetzung erfolgen wird“, so die SPD.

Sitzungskalender des Landtages für 2022

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 Sa Neujahr	1 Di	1 Di	1 Fr	1 So Tag der Arbeit	1 Mi
2 So	2 Mi	2 Mi	2 Sa	2 Mo	2 Do
3 Mo	3 Do	3 Do	3 So	3 Di	3 Fr
4 Di	4 Fr	4 Fr	4 Mo	4 Mi	4 Sa
5 Mi	5 Sa	5 Sa	5 Di	5 Do	5 So Pfingstsonntag
6 Do Heilige drei Könige	6 So	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo Pfingstmontag
7 Fr	7 Mo	7 Mo	7 Do	7 Sa	7 Di
8 Sa	8 Di	8 Di Internationaler Tag der Frau	8 Fr	8 So Landtagswahl	8 Mi
9 So	9 Mi	9 Mi	9 Sa	9 Mo Europatag	9 Do
10 Mo	10 Do	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr
11 Di	11 Fr	11 Fr	11 Mo	11 Mi	11 Sa
12 Mi	12 Sa	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So
13 Do	13 So Wahl d. Bundespräsidenten	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo
14 Fr	14 Mo	14 Mo	14 Do	14 Sa Karfreitag	14 Di
15 Sa	15 Di	15 Di	15 Fr	15 So	15 Mi
16 So	16 Mi	16 Mi	16 Sa	16 Mo	16 Do
17 Mo	17 Do	17 Do	17 So Ostersonntag	17 Di	17 Fr
18 Di	18 Fr	18 Fr	18 Mo Ostermontag	18 Mi	18 Sa
19 Mi	19 Sa	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So
20 Do	20 So	20 So	20 Mi	20 Fr	20 Mo
21 Fr	21 Mo	21 Mo	21 Do	21 Sa	21 Di
22 Sa	22 Di	22 Di	22 Fr	22 So	22 Mi
23 So	23 Mi	23 Mi 56. Tagung	23 Sa 23 So 57. Tagung	23 Mo Tag des Grundgesetzes	23 Do
24 Mo	24 Do	24 Do	24 So	24 Di	24 Fr
25 Di	25 Fr	25 Fr	25 Mo	25 Mi	25 Sa
26 Mi	26 Sa 55. Tagung	26 Sa	26 Di	26 Do Christi Himmelfahrt	26 So
27 Do Holocaust-Gedenktag	27 So	27 So	27 Mi 58. Tagung	27 Fr	27 Mo
28 Fr	28 Mo	28 Mo	28 Do	28 Sa	28 Di
29 Sa		29 Di	29 Fr	29 So	29 Mi
30 So		30 Mi	30 Sa	30 Mo	30 Do
31 Mo		31 Do		31 Di	

Haushalt 2022: der Terminplan

Nach der Ersten Lesung des Landeshaushalts für 2022 in der September-Sitzung steht der Herbst im Zeichen der Haushaltsberatungen in den Ausschüssen. Der Finanzausschuss behandelt das Zahlenwerk jeweils gemeinsam mit den betroffenen Fachausschüssen. Folgender Ablauf ist vorgesehen:

Montag, 1. November

- 10:00 Uhr:** Einzelplan 15 (Landesverfassungsgericht), Einzelplan 9 (Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz)
- 11:30 Uhr:** Einzelplan 4 (Ministerium für Inneres, Ländliche Räume, Integration und Gleichstellung)
- 15:00 Uhr:** Einzelplan 1 (Landtag), Einzelplan 2 (Landesrechnungshof)

Mittwoch, 3. November

- 10:00 Uhr:** Einzelplan 6 (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus)
- 13:00 Uhr:** Einzelplan 3 (Ministerpräsident, Staatskanzlei)
- 14:00 Uhr:** Einzelplan 13 (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung), Einzelplan 14 (Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung)
- 16:00 Uhr:** Einzelplan 5 (Finanzministerium), Einzelplan 11 (Allgemeine Finanzverwaltung)

Donnerstag, 4. November

- 10:00 Uhr:** Einzelplan 7 (Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur)

- 14:00 Uhr:** Einzelplan 10 (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren)

Donnerstag, 25. November

- 10:00 Uhr:** Beratung der Nachschiebeliste der Landesregierung

Donnerstag, 9. Dezember

- 10:00 Uhr:** Schlussabstimmung über den Haushalt im Finanzausschuss

15. bis 17. Dezember

- Zweite Lesung und Schlussabstimmung im Landtagsplenum

Legende: ■ Plenum ■ Bundesrat
■ Ältestenrat ■ Bundesversammlung
■ Schulferien/Sitzungsfreie Zeit ■ Landtagswahl 2022

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Fr	1 Mo	1 Do	1 Sa	1 Di	1 Do
2 Sa	2 Di	2 Fr	2 So	2 Mi	2 Fr
3 So	3 Mi	3 Sa	3 Mo Tag der Deutschen Einheit	3 Do	3 Sa
4 Mo	4 Do	4 So	4 Di	4 Fr	4 So 2. Advent
5 Di	5 Fr	5 Mo	5 Mi	5 Sa	5 Mo
6 Mi	6 Sa	6 Di	6 Do	6 So	6 Di
7 Do	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo	7 Mi
8 Fr	8 Mo	8 Do	8 Sa	8 Di	8 Do
9 Sa	9 Di	9 Fr	9 So	9 Mi	9 Fr
10 So	10 Mi	10 Sa	10 Mo	10 Do	10 Sa
11 Mo	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr	11 So 3. Advent
12 Di	12 Fr	12 Mo	12 Mi	12 Sa	12 Mo
13 Mi	13 Sa	13 Di	13 Do	13 So Volkstrauertag	13 Di
14 Do	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo	14 Mi
15 Fr	15 Mo	15 Do	15 Sa	15 Di	15 Do
16 Sa	16 Di	16 Fr	16 So	16 Mi	16 Fr
17 So	17 Mi	17 Sa	17 Mo	17 Do	17 Sa
18 Mo	18 Do	18 So	18 Di	18 Fr	18 So 4. Advent
19 Di	19 Fr	19 Mo	19 Mi	19 Sa	19 Mo
20 Mi	20 Sa	20 Di	20 Do	20 So	20 Di
21 Do	21 So	21 Mi	21 Fr	21 Mo	21 Mi
22 Fr	22 Mo	22 Do	22 Sa	22 Di	22 Do
23 Sa	23 Di	23 Fr	23 So	23 Mi	23 Fr
24 So	24 Mi	24 Sa	24 Mo	24 Do	24 Sa Heiligabend
25 Mo	25 Do	25 So	25 Di	25 Fr	25 So 1. Weihnachtsfeiertag
26 Di	26 Fr	26 Mo	26 Mi	26 Sa	26 Mo 2. Weihnachtsfeiertag
27 Mi	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So 1. Advent	27 Di
28 Do	28 So	28 Mi	28 Fr	28 Mo	28 Mi
29 Fr	29 Mo	29 Do	29 Sa	29 Di	29 Do
30 Sa	30 Di	30 Fr	30 So	30 Mi	30 Fr
31 So	31 Mi		31 Mo Reformationstag		31 Sa Silvester

Bis zur Wahl – und danach: der Weg zum neuen Landtag

Auch das Jahr 2022 ist in Schleswig-Holstein ein Wahljahr – am 8. Mai stimmen die Bürger über die Zusammensetzung des neuen Landtages ab. Es ist die 20. Landtagswahl seit 1947. Die Dauer der Wahlperiode beträgt fünf Jahre. Der jetzige 19. Landtag kommt vom 27. bis 29. April ein letztes Mal zusammen. Ende April sind auch die letzten Ausschusssitzungen angesetzt.

In der Woche nach dem 8. Mai treten dann die neu gewählten Fraktionen zum ersten Mal zusammen. 30 Tage nach der Wahl muss das neu gewählte Parlament laut Landesverfassung seine erste Sitzung abhalten. Diese konstituierende Sitzung ist für Dienstag, den 7. Juni geplant. Der Alterspräsident, in Schleswig-Holstein das Mitglied mit der

längsten ununterbrochenen Zugehörigkeit zum Landtag, wird diese Sitzung eröffnen, und es stehen die Verpflichtung der Abgeordneten und die Wahl des Landtagspräsidiums an. Ob auch schon der Ministerpräsident gewählt wird, hängt vom Verlauf der vermutlich notwendigen Koalitionsverhandlungen ab. Die erste dreitägige Sitzung folgt dann vom 29. Juni bis 1. Juli.

Auch die folgenden Jahre sind im Norden Wahljahre: Im Frühjahr 2023 steht die Kommunalwahl an und im Frühjahr 2024 die Europawahl.



Plakate zur Landtagswahl 2017

Nach der Flut: Land will den Katastrophenschutz stärken



Mayschoß, Rheinland-Pfalz, Anfang September: THW-Helfer bereiten die Reparatur von Abwasserleitungen vor. Im Flutgebiet an der Ahr wurde die Kanalisation in weiten Teilen zerstört.

Mindestens 181 Tote sind die traurige Bilanz der Unwetterkatastrophe, die im Juli insbesondere Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz getroffen hat. Auch der Norden muss seine Anstrengungen beim Katastrophenschutz intensivieren, darüber herrschte Ende August breite Einigkeit im Landtag. Die Landesregierung hat einen Zehn-Punkte-Plan erarbeitet, der bis 2030 umgesetzt werden soll. SPD und Jamaika fügten eigene Anregungen hinzu. Nun berät der Innen- und Rechtsausschuss.

Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) und alle weiteren Redner dankten den 1.430 Helfern aus dem Norden, die im Überschwem-

mungsgebiet „Herausragendes geleistet“ hätten. Schleswig-Holstein müsse sich nicht nur auf Fluten, sondern auch auf Waldbrände, Pandemien, Hitzewellen und „Bedrohungen aus dem Cyberraum“ vorbereiten, so die Ministerin. Das gelte nicht nur für haupt- und ehrenamtliche Helfer: „Die Menschen müssen wieder lernen, selbst vorzusorgen.“

Ihr Ministerium habe schon vor den Überschwemmungen im Südwesten begonnen, die Katastrophenschutzpläne zu überarbeiten, unterstrich die Ministerin. So sollen im Lande 5.000 neue Sirenen eingerichtet werden. Zudem sind Techniken in Arbeit, um das Handy-Netz im Fall einer Katastrophe rasch wieder aufbauen

zu können. Die seit Jahren laufende Modernisierung des Fahrzeugbestandes und der Ausrüstung soll weiter intensiviert werden. Außerdem soll ein neues Lage- und Kompetenzzentrum eingerichtet werden.

Zentrales Gerätelager, Alarm-App und mehr Geld

„Wir können froh sein, dass wir bis jetzt keine größeren Schadensereignisse hatten“, sagte Beate Raudies (SPD). Die Sozialdemokraten fordern ein „Blaulichtministerium“, in dem im Ernstfall alle Zuständigkeiten gebündelt werden. Zwischen Bund und Ländern müsse es „klare Strukturen“ beim Bevölkerungsschutz geben. Das Land soll ein „zentrales Katastrophenschutzlager“ für Geräte, Fahrzeuge, Lebensmittel und Sandsäcke einrichten und zusätzliche Aus- und Fortbildungen für ehrenamtliche Katastrophenhelfer anbieten. Hierfür soll nach Willen der SPD das Gelände der ehemaligen Hindenburg-Kaserne in Neumünster umgerüstet werden.

CDU, Grüne und FDP regen zusätzlich eine Schutzstrategie für Menschen mit Behinderung, Einsatzpläne für Krankenhäuser und eine Alarm-App für Ersthelfer an. „Wir müssen den Bevölkerungsschutz als lernende Organisation sehen“, so Jörg Hansen (FDP). Aminata Touré (Grüne) hob die Bedeutung des Klimaschutzes hervor und forderte, mehr Überlaufflächen für Flüsse einzuplanen. Tim Brockmann (CDU) wies darauf hin, dass die Ausgaben des Landes für den Katastrophenschutz seit 2016 von 1,6 Millionen Euro auf sechs Millionen im laufenden Jahr gestiegen seien. Für das kommende Jahr seien sogar 35 Millionen Euro vorgesehen.

Kinderwunschbehandlung: Diskussion über die Kosten

Paare, die ungewollt kinderlos sind, sollen mehr Unterstützung bekommen – unabhängig von Wohnort, finanziellen Möglichkeiten oder sexueller Orientierung. In diesen Punkten ist sich der Landtag weitgehend einig.

Einzigster Unterschied: Die Koalitionsfraktionen setzen auf eine bundeseinheitliche Lösung, während sich die SPD ein landeseigenes Programm wünscht. Mehrheitlich

angenommen wurde Ende August die Forderung von Jamaika. „Das Leid dieser Paare ist unendlich groß“, machte Katja Rathje-Hoffmann (CDU) deutlich und zeigte auf, welche hohen Kosten auf Paare mit unerfülltem Kinderwunsch zukommen können. Bis zu 10.000 Euro könne eine Behandlung kosten. Betroffen sei inzwischen jedes zehnte Paar. Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen in der Regel 50 Prozent der Kosten. Die andere Hälfte geht zu Lasten der Paare, die in einigen

Bundesländern für ihren Anteil Zuschüsse beantragen können. Nur eine einheitliche Lösung könne diesem „Finanzierungsflickenteppich“ entgegenwirken, so Marret Bohn (Grüne). Das sah der SPD-Abgeordnete Bernd Heinemann anders: „Wir kommen mit der geforderten Bundeseinheitlichkeit keinen Schritt weiter.“ Andere Länder hätten längst die Initiative ergriffen und eigene Förderprogramme aufgelegt.



Der gläserne Plenarsaal des Landtages steht symbolisch für die Transparenz der parlamentarischen Demokratie.

Nach Berliner Maskenaffäre: Landtag will transparenter werden

Künftig sollen strengere Regeln für Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte von Abgeordneten gelten. Das sieht ein Gesetzentwurf „zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz“ vor, den CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW im August gemeinsam eingebracht haben. Nun berät der Innen- und Rechtsausschuss, und eine umfangreiche Expertenanhörung ist geplant.

Ziel ist es, das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Abgeordneten und in die Integrität des Landtages zu stärken. „Aktuelle Vorkommnisse und Berichte über Mitglieder des Deutschen Bundestages, die in Zeiten der Coronapandemie mit Beratungstätigkeiten persönliche Gewinne im Zusammenhang mit der Beschaffung von medizinischen Produkten erzielten“, hätten gezeigt, dass die bisherige Regelung lückenhaft sei, heißt es zur Begründung. Bei der sogenannten Maskenaffäre ging es um Provisionen für die Vermittlung von Corona-Schutzmasken. Auch der Verdacht bezahlter Einflussnahme zugunsten der Kaukasus-Republik Aserbaidschan stand im Raum. Im Frühjahr hatten mehrere Unionsabgeordnete ihr Bundestagsmandat niedergelegt. Das Bundesparlament hat daraufhin seine Vorgaben verschärft, nun will der Landtag nachziehen.

„Obwohl bei uns in Schleswig-Holstein keinerlei derartige Vorkommnisse zu verzeichnen sind, war für uns klar, dass wir hinter diesen Maßstäben nicht zurückbleiben wollen“, betonte CDU-Fraktionschef Tobias Koch. Von den Berliner Vorkommnissen

sei „vermutlich das meiste nicht gesetzeswidrig“, merkte Ralf Stegner (SPD) an, aber es sei „politisch aufs Schärfste zu verurteilen“. Denn: „Wir wollen nicht, dass Partikularinteressen bedient werden. Abgeordnete vertreten das ganze Volk.“ Eka von Kalben (Grüne) monierte: „Lange wurde das Problem mangelnder Transparenz kleingeredet und beiseitegeschoben.“ Der Gesetzentwurf hätte nach Vorstellung der Grünen noch schärfer ausfallen können, aber der Kompromiss, der zwischen den Fraktionen erreicht wurde, sei dennoch ein „sehr großer Erfolg“.

Es droht der öffentliche „Pranger“

Konkret sollen verschiedene Bestimmungen im Abgeordnetengesetz präziser gefasst werden. So soll es künftig unzulässig sein, Geld für Vorträge oder Medienauftritte zu kassieren, „wenn bei diesen Tätigkeiten der unmittelbare Mandatsbezug eindeutig überwiegt“. Auch Absprachen über Zuwendungen nach Ende des Mandats und „missbräuchliche Hinweise auf die Mitgliedschaft im Landtag“ sollen unzulässig sein.

Gegenüber dem Landtagspräsidenten sollen die Abgeordneten ihre vorherige Berufstätigkeit anzeigen, insbesondere die Mitgliedschaft im Vorstand, Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines Unternehmens oder einer Körperschaft. Auch „entgeltliche Tätigkeiten neben dem Mandat“ wie weitere Aktivitäten im eigenen Beruf oder Beratungs- oder Gutachtertätigkeiten sollen angezeigt werden, ebenso wie die Beteiligung an Kapital- oder Personengesellschaften oder Spenden und Gastgeschenke. Rechtsanwälte, die für oder gegen das Land Schleswig-Holstein auftreten, müssen dies melden. Auf mögliche Interessenkonflikte bei einer Sachfrage sollen Abgeordnete während der Ausschussberatung hinweisen.

Die anzeigepflichtigen Tätigkeiten sollen als Drucksache erscheinen und auf der Internetseite des Landtages veröffentlicht werden. Aus den jährlichen Nebeneinkünfte soll ein durchschnittliches Monatseinkommen errechnet und nach einer Staffelung ausgewiesen werden. Aktuell werden diese Einkünfte in verschiedene Stufen unterteilt. Stufe eins bezeichnet Einkünfte von monatlich 1.000 bis 3.500 Euro, Stufe neun von 150.000 bis 250.000 Euro. Bei Verstößen drohen eine Ermahnung oder ein Ordnungsgeld sowie die Veröffentlichung des Verstoßes. Das Gesetz soll zu Beginn der neuen Wahlperiode im kommenden Frühjahr in Kraft treten.

Gendern: Streit ums *Sternchen

Der Gender-Erlass von Bildungsministerin Karin Prien (CDU) spaltete Ende September den Landtag. Die Ministerin hatte die Schulen aufgefordert, Gender-Stern, Binnen-I, Gender-Gap oder Schrägstrich in schriftlichen Arbeiten als Fehler zu bewerten – und stieß damit auf Kritik, auch innerhalb der eigenen Koalition. Soll es an Schleswig-Holsteins Schulen auch „Lehrer*innen“ oder „Schüler_innen“ geben?

Pro Gendern:

Ines Strehlau (Grüne, u. li.) sprach von einem „groben politischen Foul“ der Ministerin, das die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ der Koalition belaste. „Sprachentwicklung per Erlass zu verbieten“, sei ein Rückschritt. Martin Habersaat (SPD) warf Prien einen „peinlichen Feldzug gegen das Gendern“ vor. Die Ministerin wolle offenbar „Innovation und Entwicklung durch Verbote verhindern“. Prien hatte sich in ihrem Erlass auf eine Vorgabe des damals sozialdemokratisch geführten Bildungsministeriums aus dem Jahr 2006 bezogen. In den vergangenen 15 Jahren habe sich jedoch „eine Menge getan“, so Habersaat. **Jette Waldinger-Thiering (SSW, u. re.)** sprach von einem „hektischen Aufbäumen derjenigen, die nicht ertragen, dass sich ihre Umwelt ausdifferenziert“. Sie schlug vor, „Unterrichtseinheiten in geschlechtergerechter Sprache“ abzuhalten und es danach den Schülern freizustellen, wie sie schreiben.



Contra Gendern:

„Sonderzeichen erschweren den Lernprozess erheblich“, so **Ministerin Karin Prien (u. li.)**. Deswegen sei es notwendig gewesen, für Klarheit zu sorgen. Der fraktionslose Abgeordnete Frank Brodehl und die AfD hatten die Debatte angestoßen. Sie stellten sich hinter die Ministerin. Die Vorgaben der „Gender-Sprachpolizisten“ würden von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt, sagte **Frank Brodehl (u. re.)**. Gendern stelle keinen natürlichen Sprachwandel dar, merkte Claus Schaffer (AfD) an, sondern sei „künstlich konstruiert“, um „die deutsche Identität zu zerstören“. CDU-Fraktionschef Tobias Koch hatte die Debatte mit der Forderung nach einem Volksentscheid zum Gendern befeuert. „Die Gleichstellung von Frauen und Männern lässt sich auch ohne Sonderzeichen erreichen“, betonte Koch. Auch Christopher Vogt (FDP) zeigte sich skeptisch: „Unsere Sprache entwickelt sich weiter, aber bitte nicht auf Anordnung.“



Ziel mehr Verkehrssicherheit – auch durch ein Tempolimit?

Ein Straßenverkehr ohne Schwerverletzte und Tote sei eine „Vision“ – aber eine, die anzustreben lohnt. Das betonte Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) in seinem Bericht über die vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat aufgelegte Strategie „Vision Zero – Null Verkehrstote“.

Der Minister nannte Ende September drei Ansatzpunkte: Die Ausbildung der Verkehrsteilnehmer müsse verbessert werden, beginnend bei den Kleinsten, aber auch bei den besonders gefährdeten Radfahrern. Techniken wie Abbiegeassistenten bei Lkw oder automatisiertes Fahren könnten helfen. Und: Die Infrastruktur müsse nachgerüstet werden, etwa durch den dreispurigen Ausbau von Bundesstraßen, die Nachbesserung von Kurven oder höherwertige Radwege. „Die Möglichkeiten sind vielfältig“, so Kai Vogel (SPD), aber die Landesregierung nutze sie nicht. Vogel forderte zusätzliche Leitplanken auf Landstraßen, mehr Geschwindigkeitskontrollen und Zäune zur Eindämmung von Wildwechsel.

Andreas Tietze (Grüne) forderte ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen. „71 Prozent der Deutschen“ sprächen sich laut einer

Umfrage dafür aus. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung sei „eine Frage der Vernunft“, so Tietze: „Je schneller Sie fahren, desto höher das Risiko.“ Dem widersprach Minister Buchholz: Tödliche Unfälle geschähen zu 66 Prozent auf Bundesstraßen, Landstraßen und Kreisstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften, zu 24 Prozent innerorts und lediglich zu zehn Prozent auf Autobahnen: „So viel zum Thema Tempolimit als Argument für Verkehrssicherheit.“

Hartmut Hamerich (CDU) forderte allgemein mehr Achtsamkeit und Gelassenheit und zitierte...

... Paragraf 1 der Straßenverkehrsordnung:

„Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht. Wer am Verkehr teilnimmt, hat sich so zu verhalten, dass kein Anderer geschädigt, gefährdet oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.“

Der Land-Tag in Einfacher Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter oder Einfacher Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte und Einfache Sprache zu schreiben.

Schleswig-Holstein will den Menschen aus Afghanistan helfen

Schleswig-Holstein will den Menschen helfen die aus **Afghanistan** fliehen. Denn in Afghanistan haben viele Menschen Angst vor den **Taliban** und ihrer neuen Regierung.

Sabine Sütterlin-Waack ist die Innen-Ministerin von Schleswig-Holstein. Sie sagt: Viele Menschen haben der Bundes-Wehr in Afghanistan geholfen. Wir müssen diese Menschen jetzt nach Deutschland holen. Und auch Lehrer und Journalisten und Frauen und Kinder. Denn die sind alle in Gefahr.

Lars Harms ist vom SSW. Er sagt: Diese Menschen werden fünf oder zehn Jahre bei uns bleiben. Bis es in Afghanistan wieder besser ist.

Aminata Touré ist von den Grünen. Sie sagt: In Schleswig-Holstein leben schon viele Menschen aus Afghanistan. Die haben jetzt Angst um ihre Verwandten und Freunde.

Serpil Midyatli ist von der SPD. Sie sagt: Schleswig-Holstein hat auch vor sechs Jahren vielen Menschen geholfen. Damals sind die Menschen vor dem Krieg in Syrien geflohen.

Barbara Ostmeier ist von der CDU. Sie sagt: Viele Soldaten von der Bundes-Wehr haben in Afghanistan eine gefährliche Arbeit gemacht.

Jan Marcus Rossa ist von der FDP. Er sagt: Die Soldaten brauchen eine bessere Planung wenn sie in ein fremdes Land gehen. Sie müssen wissen welches Ziel ihr Einsatz hat.

Claus Schaffer ist von der AfD. Er sagt: Deutschland soll nicht zu viele Menschen aus Afghanistan auf-nehmen. Sonst kommen auch Kriminelle zu uns.

Erklärung:

Afghanistan ist ein Land in Asien. 20 Jahre lang waren dort Soldaten von der Bundes-Wehr. Sie haben gegen die Taliban gekämpft. Nun kehren die Soldaten nach Deutschland zurück. Und die Taliban sind wieder an der Regierung.

Die Männer von den **Taliban** unter-drücken Frauen und alle Menschen die anders denken. Die Taliban glauben an eine strenge Form der Religion Islam. Sie wollen dass alle Menschen ihre Regeln befolgen. Wer das nicht tut wird bestraft.



Taliban-Kämpfer mit Gewehren in Kabul. Das ist die Haupt-Stadt von Afghanistan.

„So viel Normalität wie möglich“ an den Schulen

Schleswig-Holsteins Kinder und Jugendliche sollen im laufenden Schuljahr „so viel Normalität wie irgend möglich zurückerhalten“. Das hat Bildungsministerin Karin Prien (CDU) Ende August im Landtag angekündigt. Nachdem die Kinder und Jugendlichen im ersten Corona-Jahr auf vieles verzichten mussten, „um Ältere zu schützen“, fange jetzt „eine neue Phase“ an.

Jetzt gehe es darum, allen Schulkindern „wieder Teilhabe an Bildung in Präsenz zu bieten“ und „Schulen als Orte der Bildung und als sozialen Ort offenzuhalten“. Dies sei für die Entwicklung der Kinder „unverzichtbar“. Es sei „weder rechtlich noch ethisch vertretbar, Schulen zu schließen oder die Öffnung zu beschränken“, betonte Prien.

„Lüften und Testen weiterhin nötig“

Dennoch werde es weiterhin Vorsichtsmaßnahmen geben, merkte die Ministerin an. Die Anschaffung von Luftfiltern werde zwar gefördert, aber diese Geräte „ersetzen nicht das Lüften“, so Prien. Auch das zweimal wöchentliche Testen solle fortgesetzt werden, und Eltern sollten genau schauen, ob ihre Kinder Erkältungssymptome zeigten. Die Kinder sollten zu Hause bleiben, wenn es sich um „mehr als den einfachen Schnupfen“ handle. Und: „Wir ermuntern weiter die Schüler, gemeinsam mit ihren Eltern zu erörtern, ob eine Impfung angebracht ist.“

„Die Inzidenzen werden nirgends höher sein als in Schulen und Kitas“, mahnte Martin Habersaat (SPD). „Über kurz oder lang“ werde sich jedes Schulkind infizieren, deswegen solle man sich nicht „in falscher Sicherheit wiegen“.

Tobias von der Heide (CDU) hielt dagegen: „Schule ist ein sicherer Ort, die Hygienemaßnahmen der Landesregierung greifen.“ Das Virus sei für die allermeisten Kinder keine Gefahr, schwere Verläufe und Long Covid seien „äußert selten“.

Impfen: Appelle und Einwände

Ines Strehlau (Grüne), Anita Klahn (FDP) und Lars Harms (SSW) riefen alle Erwachsenen auf, sich gegen Corona impfen zu lassen. Dies zeige „Solidarität mit unseren Kindern und Jugendlichen“, so Strehlau. „Jeder, der sich

impfen lassen kann, hat die Verantwortung, sich zu impfen“, betonte auch Klahn. Und Harms appellierte: „Wir können die Kinder nicht für impfunwillige Erwachsene bestrafen. Lassen Sie sich impfen!“

„Schulen sind keine Orte für Impfungen“, wandte Claus Schaffer (AfD) ein. Impfentscheidungen gehörten in die Familien, „unter Beratung der Hausärzte“. Er warf „Corona-Panikpolitikern“ vor, einen „enormen Impfdruck“ an den Schulen aufzubauen. Die Rückkehr zur Normalität sei „das Gebot der Stunde“, mahnte der fraktionslose Abgeordnete Frank Brodehl. „Massentestungen symptomloser Schüler“ brächten nichts, und es sei falsch, Schüler, die geordnet im Klassenraum säßen, „weiter unter die Maske zu zwingen“. Der Bildungs- und der Sozialausschuss beraten weiter.



Start in ein neues Schuljahr für eine 6. Klasse der Kieler Max-Planck-Schule Ende Juli: Auch 2021/22 prägt Corona den Schulalltag.

Enge Absprache zwischen Deutschland und Dänemark gefordert

In normalen Zeiten läuft der Verkehr beinahe reibungslos über die deutsch-dänische Grenze. Doch während der Corona-Pandemie wurde die nördliche Landesgrenze zum Nadelöhr. Es galten zwischenzeitlich Quarantäneregeln für die Einreise, und die Regierungen rieten von einem Abstecher ins jeweilige Nachbarland ab. Betroffen waren nicht nur Touristen, sondern auch die unmittelbaren Anwohner, etwa Berufspendler. Vor diesem Hintergrund hat der Landtag Ende August eine noch engere

Zusammenarbeit gefordert. Das besagt ein einstimmig verabschiedetes Papier, das im Europaausschuss erarbeitet wurde.

Die Abgeordneten begrüßen die Erleichterungen, die Dänemark inzwischen für Schleswig-Holsteiner erlassen hat, und appellieren, „möglichst einheitlich auf beiden Seiten der Grenze vorzugehen und dies transparent zu kommunizieren“. Statt einzelstaatlicher Hürden fordert der Landtag

„europäische Lösungen mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der gemeinsamen grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Sozialräume“. Dabei soll „eine Beteiligung der regionalen und kommunalen Ebene beiderseits der Grenze“ gewährleistet bleiben. Die deutschen und dänischen Gesundheitsbehörden sollten zudem „noch enger kooperieren“.

Land hebt zahlreiche Corona-Einschränkungen auf

Schleswig-Holstein hat Ende September bereits „einen großen Schritt Richtung Normalität“ gemacht – und es könnten weitere Lockerungen der Corona-Maßnahmen folgen. Das stellte Sozialminister Heiner Garg (FDP) in einer Regierungserklärung in der September-Tagung in Aussicht. Garg vertrat den erkrankten Ministerpräsidenten Daniel Günther (CDU). Ziel müsse es bleiben, alle Grundrechtseinschränkungen aufzuheben. Dazu zähle auch, die Maskenpflicht in den Schulen abzuschaffen. Als Zeitpunkt nannte der Minister Ende Oktober.

Garg dankte den Menschen im Lande für ihre „norddeutsche Besonnenheit“ und die vergleichsweise hohe Impfquote. Die Zahl der Erstimpfungen lag im Lande am Tag der Debatte bei 72 Prozent. „Für die Geimpften ist die Pandemie weitgehend vorbei“, so Garg. Nun gebe es aber eine „Pandemie der Ungeimpften“. Garg erneuerte seinen Appell: „Lassen Sie sich impfen, wenn Sie sich impfen lassen können!“

Das Land ist in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zum 3G-Modell (geimpft, genesen, getestet) übergegangen. Kinos, Konzerthallen, Restaurants und Stadien können wieder jeden Platz belegen. Die Maskenpflicht ist vielfach einer Empfehlung gewichen. Sie galt Ende September aber noch im öffentlichen Nahverkehr, im Einzelhandel und mindestens bis zu den Herbstferien auch in der Schule.

„Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner haben sich selbst diese Erleichterungen erarbeitet“, betonte der Minister. Das Land sei „besser durch die Pandemie gekommen als viele andere Länder um uns herum“. Allerdings werde die Landesregierung die Situation in den Krankenhäusern genau beobachten. Bei negativer Tendenz sei ein Wechsel zum 2G-Modell (geimpft, genesen) denkbar.



Sozialminister Heiner Garg (FDP): „Sind auf einem guten Weg.“

SPD warnt: Lockerungen kommen „zu früh“

Der Verzicht auf die Maske komme „viel zu früh“, mahnte dagegen SPD-Oppositionsführerin Serpil Midyatli: „Ich mache mir mit Blick auf den Herbst Sorgen.“ Masken seien im Alltag „keine große Einschränkung“. Wer sie jetzt abschaffe, werde es schwer haben, sie bei einer möglicherweise angespannten Corona-Lage wieder einzuführen. Auch die SPD wolle zurück zur Normalität, aber „Sicherheit geht vor Schnelligkeit“, so Midyatli. Die „hohen Inzidenzen im ungeimpften Drittel“ der Bevölkerung dürften nicht ignoriert werden, und insbesondere kleinere Kinder, für die es noch keine Impfung gibt, bräuchten „Schutz und Achtsamkeit“.

Viel Lob für den Kurs der Landesregierung kam von den Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen. „Nochmal wochenlange oder monatelangen Wartezeiten“ seien weder den Geimpften noch der Wirtschaft und der Kultur zuzumuten, betonte Tobias Koch (CDU). Auf der Corona-Warnampel sei Schleswig-Holstein „der Stufe Grün deutlich näher als der Stufe Rot“. Eka von Kalben (Grüne) unterstrich: „Wir lassen uns nicht mehr in erster Linie von den Fallzahlen der Inzidenzen leiten“. Entscheidend seien die schweren Verläufe. Es sei wichtig, „den Menschen wieder ein Leben mit anderen



Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben: „Menschen brauchen Nähe.“

zu ermöglichen“, so von Kalben. Der Weg mit 3G sei „ehrlich, sinnvoll und verhältnismäßig“, sagte Christopher Vogt (FDP). Bei einer 2G-Strategie wie in Hamburg würden die Probleme „auf die Betriebe verlagert“, etwa auf die Gastronomie.

Absage an den „Freedom Day“

Lars Harms (SSW) forderte auch weiterhin kostenlose Schnelltests – die Tests sollen ab Mitte Oktober kostenpflichtig werden. Wegen der Extra-Kosten „werden sich weite Bevölkerungsschichten ins Private zurückziehen“, warnte Harms, „und die Ansteckungen werden im Privaten stattfinden und lassen sich nicht mehr nachvollziehen“. Er kritisierte auch den Beschluss der Gesundheitsminister, die Lohnfortzahlung für Ungeimpfte in Quarantäne zu streichen. Es bestehe die Gefahr, dass Menschen krank zur Arbeit gingen und sich nicht testen ließen, um Job und Geld nicht zu gefährden.

Der fraktionslose Abgeordnete Frank Brodehl und die AfD-Abgeordneten schlugen vor, den 30. Oktober nach britischem Vorbild als „Freedom Day“ auszurufen – als Tag der Freiheit, der das Ende der Corona-Einschränkungen markiert. Die Mehrheit im Parlament kritisierte den Vorstoß als „populistisch“ und lehnte ihn ab.



SPD-Fraktionschefin Serpil Midyatli: „Heißer Herbst droht.“



FDP-Fraktionschef Christopher Vogt: „3G funktioniert.“



CDU-Fraktionschef Tobias Koch: „Ampel steht auf Grün.“

SPD-Höhenflug, CDU-Einbruch, Grünen-Erfolge

Die Bundestagswahl am 26. September hat die politische Landschaft in Schleswig-Holstein kräftig durcheinandergewirbelt. Der Blick der Landespolitik richtet sich nun auf die Landtagswahl am 8. Mai 2022.

Die SPD ist als stärkste Kraft in Schleswig-Holstein hervorgegangen. Die Sozialdemokraten legten um 4,7 Punkte zu und kamen auf 28,0 Prozent – gut zwei Punkte mehr als im Bundesschnitt. Die SPD gewann acht der elf Direktmandate und holte in zehn von elf Wahlkreisen die meisten Zweitstimmen. Für Landeschefin Serpil Midyatli hat ihre Partei das „politische Comeback des Jahres“ geschafft. Vor zwölf Monaten habe die Union noch 20 Prozentpunkte vor der SPD gelegen.

Hochburg: Lübeck, 30,7 Prozent
Tiefpunkt: Flensburg-Schleswig, 25,5 Prozent

Die CDU verlor im Vergleich zur Bundestagswahl vor vier Jahren zwölf Prozentpunkte und landete bei 22,0 Prozent – unter dem Bundesschnitt. Die Nord-Union errang nur zwei Direktmandate, 2017 waren es noch zehn gewesen. In keinem einzigen Wahlkreis lag die CDU bei den Zweitstimmen vorne. Landtagsfraktionschef Tobias Koch machte drei mögliche Ursachen aus: die Wirkung des Hamburger Ex-Bürgermeisters und SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz in der Metropolregion, die Zugkraft des Grünen-Chefs Robert Habeck im Norden des Landes und das Antreten des SSW nach jahrzehntelanger Pause.

Hochburg: Ostholstein/Stormarn-Nord, 25,1 Prozent
Tiefpunkt: Kiel, 15,4 Prozent

Die Grünen gewannen erstmals im Norden bei einer Bundestagswahl ein Direktmandat. Parteichef Robert Habeck holte den Wahlkreis Flensburg-Schleswig. Die Bündnisgrünen steigerten ihren Stimmanteil um mehr als sechs Prozentpunkte auf 18,3 Prozent. Im Wahlkreis Kiel holten sie sogar die meisten Zweitstimmen. Spitzenkandidatin Luise Amtsberg sprach dennoch von gemischten Gefühlen: „Natürlich hätten wir uns ein noch besseres Ergebnis gewünscht.“ In Umfragen hatten die Grünen im Frühjahr noch deutlich besser gelegen.

Hochburg: Kiel, 28,4 Prozent
Tiefpunkt: Steinburg/Dithmarschen-Süd, 14,2 Prozent

Die FDP verlor leicht und landete bei 12,5 Prozent, 0,2 Punkte weniger als 2017. Der Landesverband sprach von einem „tollen Ergebnis“. Für Landtagsfraktionschef Christopher Vogt lässt der Ausgang aber kaum Rückschlüsse auf die Landtagswahl im kommenden Frühjahr zu, denn dann trete CDU-Ministerpräsident Daniel Günther an: „Da wird auch der Amtsbonus eine gewisse Rolle spielen.“

Hochburg: Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd, 14,2 Prozent
Tiefpunkt: Lübeck, 10,2 Prozent

Die AfD verlor 1,4 Prozentpunkte und landete bei 6,8 Prozent. Spitzenkandidat Uwe Witt zeigte sich enttäuscht: „Das Ergebnis spiegelt nicht den Einsatz der AfD im Bundestag wider.“ Die AfD müsse sich selbst besser reflektieren und interne Streitigkeiten nicht mehr nach außen tragen, so Witt.

Hochburg: Steinburg/Dithmarschen-Süd, 8,4 Prozent
Tiefpunkt: Kiel, 4,9 Prozent

Die Linke brach im Lande wie auf Bundesebene ein und halbierte ihren Stimmenanteil auf 3,6 Prozent. Das Ergebnis sei eine große Enttäuschung, teilte die Partei mit. Es sei „bitter“, dass die Nord-Linken nur noch mit

einer Abgeordneten in Berlin vertreten seien und nicht mehr mit zwei Sitzen wie in der vorherigen Wahlperiode.

Hochburg: Kiel, 6,1 Prozent
Tiefpunkt: Ostholstein/Stormarn-Nord, 2,8 Prozent

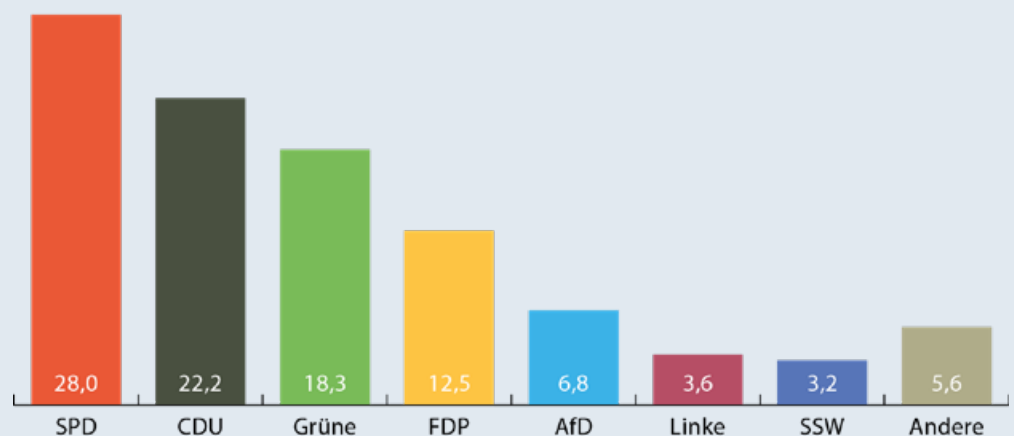
Der SSW kehrt nach fast 70 Jahren in den Bundestag zurück. Als fraktionsloser Abgeordneter zieht der Flensburger Stefan Seidler ins Parlament ein. Die Partei der Dänen und Friesen ist von der Fünf-Prozent-Hürde befreit. Gut 55.000 Stimmen brachten das Mandat. Parteichef Flemming Meyer sagte, es gehe darum, in der Minderheitenpolitik und für Schleswig-Holstein etwas zu erreichen: „Wir wollen nicht nur irgendetwas fordern. Wir wollen positiv beitragen zu einer Weiterentwicklung des Landes.“

Hochburg: Flensburg/Schleswig, 9,2 Prozent
Tiefpunkt: Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd, 0,9 Prozent

Die Wahlbeteiligung war in Schleswig-Holstein mit 78,3 Prozent höher als vor vier Jahren (76,3 Prozent). Der Norden liegt damit auf Platz zwei hinter Bayern (79,8 Prozent). Den niedrigsten Wert hat Sachsen-Anhalt mit 67,9 Prozent, der Bundesschnitt lag bei 76,6 Prozent. 33,3 Prozent der Stimmen im Lande wurden per Briefwahl abgegeben – 11,2 Prozent mehr als vor vier Jahren.

Bundestagswahl: das Landesergebnis für Schleswig-Holstein

Stimmenanteile in Prozent.



Quelle: Landeswahlleiter, Statistikamt Nord, vorläufiges Endergebnis.

28 Nordlichter für Berlin

Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten im Bundestag:

SPD: 8 Abgeordnete

Sönke Rix (Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde), Mathias Stein (WK Kiel), Kristian Klinck (WK Plön-Neumünster), Ralf Stegner (WK Pinneberg), Bengt Bergt (WK Segeberg/Stormarn-Mitte), Bettina Hagedorn (WK Ostholstein/Stormarn-Nord), Nina Scheer (WK Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd), Tim Klüssendorf (WK Lübeck)

CDU: 6 Abgeordnete

Astrid Damerow (WK Nordfriesland/Dithmarschen-Nord), Mark Helfrich (WK Steinburg/Dithmarschen-Süd), Johann Wadephul, Ingo Gaedecheus, Petra Nicolaisen, Gero Storjohann (alle Landesliste)

Grüne: 6 Abgeordnete

Robert Habeck (WK Flensburg-Schleswig), Luise Amtsberg, Ingrid Nestle, Konstantin von Notz, Denise Loop, Bruno Hönel (alle Landesliste)

FDP: 4 Abgeordnete

Wolfgang Kubicki, Gyde Jensen-Bornhöft, Christine Aschenberg-Dugnus, Maximilian Mordhorst (alle Landesliste)

AfD: 2 Abgeordnete

Uwe Witt, Gereon Bollmann (beide Landesliste)

Vom Landtag in den Bundestag



Luise Amtsberg, Grüne, im Landtag von 2009 bis 2012



Astrid Damerow, CDU, im Landtag von 2009 bis 2017



Robert Habeck, Grüne, im Landtag von 2009 bis 2012



Wolfgang Kubicki, FDP, im Landtag von 1992 bis 2017



Petra Nicolaisen, CDU, im Landtag von 2009 bis 2017



Ralf Stegner, SPD, im Landtag von 2005 bis voraussichtlich Oktober 2021



Gero Storjohann, CDU, im Landtag von 1994 bis 2002



Johann Wadephul, CDU, im Landtag von 2000 bis 2009

Linke: 1 Abgeordnete

Cornelia Möhring (Landesliste)

SSW: 1 Abgeordneter

Stefan Seidler (Landesliste)

Bundestagswahl 2021: Wahlen in Zahlen

21 Parteien

haben in Schleswig-Holstein an der Bundestagswahl teilgenommen, so viele wie nie zuvor. Bundesweit waren es 47 – ebenfalls ein historischer Höchstwert.

271 Menschen

haben sich im Lande um ein Bundestagsmandat beworben – 110 Frauen und 161 Männer. Damit lag der Frauenanteil im Lande bei 41 Prozent. Bundesweit waren es lediglich 33 Prozent (2.024 Frauen, 4.187 Männer).

54 Prozent

betrug bundesweit der Frauenanteil unter den Kandidaten der Grünen – der Spitzenwert unter den größeren Parteien. Bei der AfD waren es lediglich 13 Prozent.

60 Jahre

ist es her, dass der SSW zuletzt an einer Bundestagswahl teilgenommen hat. Beim Urnengang im September 1961 erreichte die Partei der dänischen Minderheit knapp 25.000 Stimmen und verpasste damit einen Sitz in Bonn.

21.000 Ehrenamtliche

waren am 26. September in den schleswig-holsteinischen Wahlvorständen aktiv. Bundesweit waren es 650.000. Sie erhielten für ihren Einsatz ein Erfrischungsgeld von 25 Euro (bei Wahlvorstehern: 35 Euro).

107.000 junge Leute

im Norden waren bei dieser Wahl erstmals wahlberechtigt. Das waren 4,8 Prozent der Wahlberechtigten. Knapp 500.000 Über-70-Jährige waren zur Wahl aufgerufen – 22,2 Prozent aller Wahlberechtigten.

2.276.534 Menschen

im Lande waren am 26. September wahlberechtigt – die höchste Zahl bei Bundestags- und Europawahlen seit 1949. Davon waren etwa 52 Prozent Frauen und 48 Prozent Männer. Bundesweit waren 60,4 Millionen Menschen wahlberechtigt.

Private Ferienunterkünfte: „Airbnb“ muss seine Nutzer offenlegen

Die Vermietung von Privatwohnungen als Ferienunterkünfte über Onlineportale wie „Airbnb“ ist im Tourismusland Schleswig-Holstein ein kontroverses Thema. Zum einen kritisieren Kommunalpolitiker, etwa aus Lübeck oder von der Insel Sylt, dass Wohnraum noch knapper wird, wenn wechselnde Urlaubsgäste statt fester Mieter einziehen. Zum anderen wurde der Verdacht geäußert, Vermieter könnten die Anonymität des Netzes nutzen und ihre Einnahmen am Fiskus vorbeischieben. Dazu gab es im Finanzausschuss Anfang August aktuelle Zahlen.

Mit einem „Gruppensuchen“ haben mehrere Bundesländer, darunter Hamburg und Schleswig-Holstein, das in Irland ansässige „Airbnb“ verpflichtet, den Steuerbehörden Unterlagen über die beim Portal aktiven Vermieter zuzuleiten. Das Unternehmen stellte zunächst Informationen zu den Jahren 2012 bis 2014 zur Verfügung. Für diesen Zeitraum seien etwa 100 säumige Vermieter im Lande ermittelt worden,

die rund 20.000 Euro an Einkommens-, Gewerbe- und Umsatzsteuer nachzahlen mussten, berichtete Finanzstaatssekretär Udo Philipp. Weitere 20 Fälle seien noch in Bearbeitung.

Deutlich höhere Zahlen seien aber ab 1. Januar 2022 zu erwarten, so der Staatssekretär. Dann tritt eine neue EU-Richtlinie in Kraft, die „Airbnb“ zwingt, vollständige Angaben zu allen Vermietern an die Behörden weiterzugeben. Wenn aktuelle Daten vorlägen, dann könne es „noch ganz spannend werden“, so die SPD-Abgeordnete Beate Raudies, die das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Denn die Nutzerzahlen von „Airbnb“ seien in jüngster Zeit in die Höhe geschossen. Die Mehrzahl der Vermieter sei aber ehrlich und betreibe keine Steuerhinterziehung, merkte Ole Plambeck (CDU) an. Die mediale Berichterstattung zu diesem Thema habe dazu beigetragen, „dass den Leuten das Problem bewusst ist“.

Neue Pläne für Hamburger Hafenschlick

Schleswig-Holstein will ein Sondervermögen für die Einnahmen aus der Verklappung des Hamburger Hafenschlicks einrichten. Das kündigte Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) Anfang August im Finanzausschuss an. Es geht um das Baggergut, das an der Tonne E3 südlich von Helgoland in die Nordsee geleitet wird. Die Abgeordneten unterstützten das Vorhaben. Fraktionsübergreifend wurde begrüßt, dass das Parlament bei der Verwendung der Mittel direkt beteiligt werden soll.

Hamburg darf seit Jahren Hafenschlick in der Nordsee beim Nachbarn Schleswig-Holstein ablagern. In diesem Jahr sogar mehr als 2016 vereinbart – statt der geplanten 1,5 Millionen Tonnen Schlick sind es zwei

Millionen Tonnen. 500.000 Tonnen sollen von 2022 vorgezogen werden. Im kommenden Jahr steht eine neue Vereinbarung mit der Hansestadt an, und in diesem Zuge, so Albrecht, soll das Sondervermögen eingerichtet werden. Bislang fließen die Gelder an die Stiftung Nationalpark Wattenmeer, künftig könnte der Verteilerkreis erweitert werden.

Volker Nielsen (CDU) sprach von einem „richtigen Weg“. Die Anregung von Annabell Krämer (FDP), mehr als derzeit fünf Euro für eine verklappte Tonne Schlick heraus zu verhandeln, nahm Minister Albrecht auf. Es sei aber zu bedenken, dass Hamburg bei einer zu hohen Forderung woanders seinen Hafenschlick verklappen könne, mahnte der Minister – etwa vor der Elbmündung bei der Insel Scharhörn, die zu Hamburg gehört.

Wirtschaftsexperten sehen große Chancen für Helgoland



Der Wirtschaftsausschuss auf Helgoland (v.li.): Peer Knöfler (CDU), Dörte Schönfelder (Geschäftsführerin des Ausschusses), Andreas Tietze (Grüne), Lukas Kilian (CDU), Kay Richert (FDP), Kai Vogel (SPD), Christian Dirschauer (SSW), Thomas Hölck (SPD). Hockend: der Helgoländer Bürgermeister Jörg Singer.

Zum ersten Mal seit Ausbruch der Corona-Pandemie ist Mitte August wieder ein Landtagsausschuss auf Reisen gegangen. Der Wirtschaftsausschuss besuchte zwei Tage lang die Insel Helgoland.

Ein Schwerpunkt war das von der Inselgemeinde und einem internationalen Firmenkonsortium gestartete Projekt AquaVentus zur Produktion von grünem Wasserstoff. Geplant ist die Errichtung von Offshore-Windanlagen mit einer Leistung von zehn Gigawatt in der Nordsee bis 2035. Der Windstrom soll vor Ort in jährlich bis zu eine Million Tonnen Wasserstoff umgewandelt und durch eine Pipeline ans Festland gebracht werden. „Das Projekt ist von großer nationaler und internationaler Ausstrahlung“, sagt der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, der Grünen-Abgeordnete Andreas Tietze: „Für Schleswig-Holstein kann AquaVentus in den kommenden Jahren zu einer großen Chance und einem bedeutenden Faktor werden.“

Außerdem berieten die Ausschussmitglieder im Rathaus die wirtschaftliche Ausrichtung der Insel, etwa im Tourismus und bei der Entwicklung des Hafens. Die Gäste aus Kiel nahmen auch an der Einweihungsfeier des ausgebauten Binnenhafens teil.



Brexit: „Wirtschaftlicher Cut“ befürchtet

Welche Auswirkungen hat der EU-Austritt Großbritanniens für Schleswig-Holstein? Der Europaausschuss hat sich Anfang September dazu mit Mitarbeitern aus verschiedenen Ministerien sowie dem Brexit-Beauftragten der Landesregierung, Werner Koopmann von der Industrie- und Handelskammer (IHK), ausgetauscht.

Der Abschied der Briten am 31. Januar 2020 habe sich in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft bisher zwar nur geringfügig bemerkbar gemacht, so Sönke Steffen aus dem Wirtschaftsministerium. Aber die Entwicklung sei durch die Corona-Pandemie „massiv überlagert“ worden, und die Auswirkung der beiden Ereignisse seien nur schwer voneinander zu trennen. Im Bundesvergleich exportiere Schleswig-Holstein wenig nach Großbritannien, betonte Steffen. Eine Umfrage der

IHK bei 248 norddeutschen Unternehmen habe ergeben, dass 58 Prozent nur geringe Veränderungen in ihren Geschäftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich zu verbuchen haben. 37 Prozent gaben an, ihre Verbindungen reduziert oder vorübergehend eingestellt zu haben. Im Jahr 2019 lag Großbritannien auf Platz sechs der wichtigsten Exportpartner Schleswig-Holsteins mit einem Ausfuhrwert von 1,2 Milliarden Euro. Das waren 5,8 Prozent des Gesamtexports.

Auf Nachfrage von Bernd Voß (Grüne) zur Situation von Arbeitnehmern aus Schleswig-Holstein in Großbritannien sagte Koopmann, das größte Hemmnis seien die Arbeitsvisa, verbunden mit den Einreisebestimmungen: „Da gibt es erhebliche Probleme.“ Koopmann machte deutlich: „Wir sehen erst die Anfänge des wirtschaftlichen Cuts.“ Es sei außerdem zu beobachten, dass die Kommunikation mit Geschäftspartnern und der Verwaltung länger dauere. Der Aufwand sei „hochkompliziert und teuer“, sagte der Brexit-Beauftragte auf eine Frage des FDP-Abgeordneten Stephan Holowaty.

Mehr Wipo-Unterricht – zulasten von Religion und Geschichte?

Junge Menschen sind täglich Einflüssen ausgesetzt, die die Entwicklung eines demokratischen Bewusstseins erschweren – autoritäre Tendenzen in Deutschland und anderen Ländern, extremistische Positionen und Falschmeldungen im Internet, eine verbreitete Skepsis gegenüber dem Gesellschaftssystem und der Marktwirtschaft. Darauf haben Experten für politische Bildung Anfang September in einem Fachgespräch mit dem Bildungsausschuss hingewiesen. Die Forderung der Fachleute: deutlich mehr Schulunterricht.

„Es gibt viel Zulauf zu einfachen und populistischen Lösungen“, mahnte der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann. Kurt Edler, ehemals Lehrer und Vorsitzender der deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, warnte vor einer „Erzählung über die Endlichkeit und begrenzte Tauglichkeit von Demokratie“. An

diesem Punkt sei die Schule gefordert, merkte Wilhelm Knelangen, Politikwissenschaftler von der Kieler Uni, an: „Für viele ist die Schule der einzige Ort, wo sie sich mit der Demokratie, mit dem politischen System, mit dem Staat und mit der Marktwirtschaft beschäftigen.“ Die Gelegenheit, die in der Schule nicht genutzt werde, „wird sich an anderer Stelle nicht mehr ergeben“.

Meyer-Heidemann zog eine ernüchternde Bilanz der Lage in Schleswig-Holstein. Das Fach Wirtschaft/Politik (Wipo) umfasse lediglich 1,53 Prozent der Unterrichtszeit in der Sekundarstufe 1 (Klassen 7 bis 10). Damit liege der Norden nur auf Platz 13 im Bundesvergleich. Um diese „Randstellung“ zu beheben, regte Meyer-Heidemann an, weniger Stunden in Geschichte und Religion zu erteilen. Tobias von der Heide (CDU) wies darauf hin, dass das Schulfach Religion durch das Grundgesetz geschützt sei. Veränderungen seien nur in Abstimmung mit den Kirchen zu erzielen: „Und das stelle ich mir sehr schwierig vor.“

Martin Habersaat (SPD) merkte an, dass die Landesregierung das Jahr 2019 zum „Jahr der politischen Bildung“ ausgerufen habe. Vor diesem Hintergrund sei die Bilanz enttäuschend. „Wir brauchen verpflichtende Wipo-Inhalte ab Klasse 5 und mehr Wipo-Pflichtstunden ab Klasse 7“, so Habersaat. Jette Waldinger-Thiering (SSW), die die Debatte gemeinsam mit den Sozialdemokraten angestoßen hatte, forderte „ein verpflichtendes Mindestkontingent von sechs Jahreswochenstunden“. Mehr Unterricht zu verlangen sei leicht, entgegnete Lasse Petersdotter (Grüne): „Aber keiner will, dass die Kinder länger in der Schule sind.“ Und Anita Klahn (FDP) warnte davor, dass die Kenntnisse über Wirtschaft „zu kurz kommen“ könnten. Denn politische Veränderungen basierten immer auch auf wirtschaftlichen Entwicklungen.

Altenparlamentarier fordern: Senioren bei der Digitalisierung nicht abhängen

Online-Anmeldungen für einen Impftermin, Registrierung per Luca-App, digitale Behördenkontakte: Corona hat zu einem Digitalisierungsschub im öffentlichen Leben geführt, und das macht vielen alten Menschen zu schaffen. Darauf haben die 37 Teilnehmer des diesjährigen Altenparlaments hingewiesen, die Mitte September einen Tag lang im Plenarsaal des Landtages zusammengekommen waren, um ihre Forderungen an die Politik zu formulieren. Die Vorschläge der Senioren: Das Land soll Technik-Schulungen für ältere Mitbürger auflegen, in den Kommunen sollen „Digital-Lotsen“ den Weg weisen – und es soll einen „bezahlbaren Zugang zu schnellem Internet für alle Menschen im Land“ geben.

Außerdem fordern die Vertreter von Parteien, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Seniorenbeiräten, dass „systemrelevante“ Medikamente verstärkt in Europa produziert werden, um in Pandemie-Zeiten unabhängig vom Weltmarkt zu sein. Der Trend zu privatisierten Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern soll zugunsten einer „Rekommunalisierung“ gestoppt werden, und es sollen keine Klinikbetten mehr abgebaut werden, damit der Extra-



Das Altenparlament tagte wegen der Pandemie auch in diesem Jahr mit halber Teilnehmerzahl.

Bedarf während einer Pandemie aufgefangen werden kann. Zudem machen sich die Altenparlamentarier für ein Qualitätssiegel stark, das die Ernährung in Heimen, Kliniken und bei „Essen auf Rädern“ abbildet, und sie regen mehr Sportangebote für ältere Menschen an. Die rund 30 Anträge gehen nun an die Landesregierung, die Fraktionen im Landtag und an die Bundestagsabgeordneten aus dem Norden.

Das Altenparlament sei „unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Kultur“, betonte Landtagsvizepräsidentin

Kirsten Eickhoff-Weber zur Begrüßung: „Die Erfahrungen, Gedanken, Impulse und Kompetenzen von Seniorinnen und Senioren schätzt der Schleswig-Holsteinische Landtag außerordentlich.“ Ältere Menschen seien aufgrund ihrer Lebenserfahrung häufig souveräner mit der Corona-Pandemie umgegangen als jüngere, weil sie, etwa in der Nachkriegszeit, „große Herausforderungen schon einmal erfolgreich bestanden haben“.

Prof. Rupp: „Corona wird bleiben, ist aber beherrschbar“

Die Covid19-Pandemie wird für die Menschen in Deutschland und weltweit „mittelfristig ein ständiger Begleiter“ sein. Darauf hat Prof. Jan Rupp, Direktor der Klinik für Infektiologie und Mikrobiologie am Uniklinikum Lübeck, in seinem Fachreferat für das Altenparlament hingewiesen. Solange es noch weiße Flecken bei der Impfung gebe, hauptsächlich in Afrika, werde sich das Virus „immer wieder neu organisieren“, warnte Rupp vor neuen Mutationen. Dennoch sei ein erneuter Lockdown „für die nächste Zeit“ auszuschließen, denn mittlerweile sei ein Großteil der älteren Menschen, die besonders gefährdet seien, geimpft.

Dass der Druck auf Ungeimpfte jetzt steige, sei für ihn „verständlich“, so Rupp. Er sah insbesondere nicht geimpfte 30- bis 60-Jährige mit Risikofaktoren wie Übergewicht und Diabetes bedroht. Sein Vorschlag: Der Staat könne

alle Menschen anschreiben und zur Impfung bitten. Wer das nicht wolle, solle dies per Unterschrift bestätigen. Dieser Schritt könne einige Menschen zum Umdenken bewegen, hoffte der Mediziner.

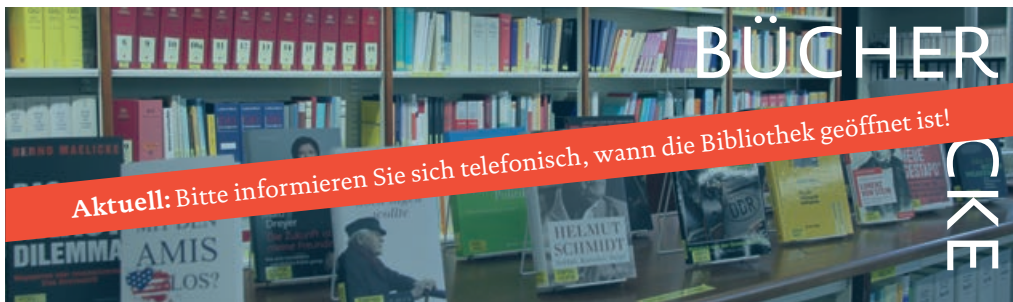
Der Corona-Politik in Bund und Land erteilte Rupp ein gemischtes Zeugnis. In Schleswig-Holstein habe es einen „engen Austausch“ zwischen Politik und Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen gegeben, so der Professor, der selbst dem Expertengremium der Landesregierung angehört. Die Bundesregierung sei hingegen von einem „hohen Anteil theoretisch denkender Menschen“ beraten worden, und deren Empfehlungen seien teilweise „lebensfremd“ gewesen.

Um Corona global in den Griff zu bekommen, forderte Rupp ein „weltweites Überwachungssystem“ sowie mehr technische und fachliche Unterstützung für ärmere Länder.

Inzwischen seien weltweit zwar 5,8 Milliarden Impfdosen verabreicht worden, und 42 Prozent der Menschheit seien mindestens einmal geimpft. Aber in Ländern wie Tschad, Süd-Sudan oder Nigeria gebe es kaum medizinische Infrastruktur – und damit eine ideale Brutstätte für neue Virus-Varianten.



Pandemie-Experte: Prof. Jan Rupp von der Uni Lübeck



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Arno Schönberger: Die Legislaturperiode als Demokratieproblem: Entwurf eines Demokratiemodells zur Verwirklichung demokratischer Legitimation durch permanente Wahlmöglichkeiten. Baden-Baden: Nomos, 2021. 126 S.

Was wäre, wenn Wahlen so organisiert würden, dass ein Wähler nicht über die Dauer einer festen Legislaturperiode an seine Wahlentscheidung gebunden ist, sondern diese jederzeit ändern kann? In dieser Dissertation wird ein Demokratiemodell ohne Legislaturperiode entworfen und an den verfassungsrechtlichen Wahlrechtsgrundsätzen, der Gewährleistung eines arbeitsfähigen Parlaments und einer stabilen Regierung gemessen. Der Autor setzt sich auch mit den technischen Voraussetzungen für eine derart gestaltete

dauerhafte Stimmenabbildung auseinander, um die Grundsätze freier, gleicher, geheimer, allgemeiner, unmittelbarer und öffentlicher Wahlen weiterhin garantieren zu können.



Als Deutschland sich neu erfand: Die Nachkriegszeit 1945-1949; ein SPIEGEL-Buch hrsg. von Katja Iken u.a. München: Penguin Verlag und Hamburg: Spiegel-Buchverlag, 2019. 313 S.

Geschichte greifbar machen, das Unvorstellbare veranschaulichen und die Erneuerung von Staat und Gesellschaft in den Jahren 1945 bis 1949 aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten, ist das Anliegen der Autoren. Es sind vor allem die persönlichen Erinnerungen, Auszüge aus Tagebüchern und Briefen zahlreicher Zeitzeugen, die einmal mehr vor Augen führen, dass Geschichte nicht Fakten und Zahlen in Büchern, sondern reales Geschehen, Erleben und Gestalten von Menschen ist.



Schuppener, Georg: Die Schatten der Ahnen: Germanenrezeption im deutschsprachigen Rechtsextremismus. Leipzig: Edition Hamouda, 2021. 212 S.

Anhand zahlreicher Beispiele und untermauert durch anschauliches Belegmaterial zeigt das Buch Bezugnahmen und Adaptionen der germanischen Geschichte und Kultur sowie der nordisch-germanischen Mythologie durch deutschsprachige Rechtsextremisten. Es werden Ziele, Ursachen und Konsequenzen der rechtsextremen Vereinnahmung ebenso beleuchtet wie verwendete Symbole und Gewaltbotschaften, zum Beispiel auf rechtsextremen Aufklebern und Kleidungsstücken.

Zeitschriften-Abo

„Der Landtag“ kommt zu Ihnen ins Haus – vier Mal im Jahr und natürlich kostenfrei! Wenn Sie die Landtagszeitschrift abonnieren möchten, wenden Sie sich bitte an:

Schleswig-Holsteinischer Landtag
L 1415
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Fax: 0431 988-1639
bestellungen@landtag.ltsh.de

Impressum

Herausgeber:
Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:
Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)
Tel. 0431/988-1268, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)
Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)
Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:
Regina Baltuschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Detlef Ziep, Janine Wergin, Vivien Albers, Lea Meyer, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, pure fruit/Tim Eckhorst, Deutscher Bundestag/Achim Melde, Danny Gohlke, Michael André May/pixelio.de, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Penguin-Verlag, Nomos-Verlag, Edition Hamouda, obs/SRG SSR/Danielle Liniger

Konzept:
Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;
Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:
Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;

Herstellung, Druck:
AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:
(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1128,
Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. September 2021

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Lösungswort des Quiz auf Seite 9:
ITZEHOE



Marret Bohn, Grüne
geboren am 9. August 1964
in Wyk auf Föhr, Ärztin

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich habe mich schon immer für Politik interessiert und bin schon lange in meiner Gewerkschaft engagiert. Die Klinik, in der ich in Neumünster gearbeitet habe, sollte privatisiert werden. Daraufhin habe ich für den Betriebsrat kandidiert, und wir haben es mit einer Gruppe von Aktiven geschafft, die Privatisierung zu verhindern. Wir hatten in der Klinik immer wieder den Eindruck, dass das Thema Gesundheit für viele Menschen eine große Rolle spielt, von der damaligen Politik aber sträflich vernachlässigt wurde. Das wollte ich ändern. In einem Schwedenurlaub mit unseren Freund*innen und Patenkindern reifte dann mein Entschluss, mich politisch zu engagieren. Zwei Jahre später war ich Landtagsabgeordnete.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Mein Urgroßvater ist einer der ersten Inselärzte auf Föhr gewesen. Seitdem ich denken kann, war es mein Traum, Ärztin zu werden. Ich bin sehr dankbar, dass es mit viel harter Arbeit gelungen ist, mir diesen Traum zu erfüllen.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Alle Fächer fand ich spannend, und ich bin sehr gern zur Schule gegangen. Englisch, Mathe und Sport waren meine besonderen Favoriten.“

Was war Ihr allererster Job?

„Ich habe mit 14 Jahren meinen ersten Ferienjob in der Restaurantküche eines Sternekochs in meinem Heimatdorf Süderende gehabt. Danach hatte ich eine ganze Reihe verschiedener Jobs: Ich habe im Schichtdienst in der Pflege im Krankenhaus und in der Altenpflege gearbeitet, außerdem im Einzelhandel. Und ich habe den Infostand in unserer Kirchengemeinde betreut.“

Was macht Sie wütend?

„Als gebürtige Nordfriesin bin ich nicht so leicht aus der Ruhe zu bringen. Was ich nicht leiden kann, ist soziale Ungerechtigkeit und Diskriminierung jeglicher Art.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Die langfristige Sicherung einer guten medizinischen Versorgung – auch auf den Inseln und Halligen – ist mir als Ärztin ein Herzensanliegen. Da müssen wir noch besser werden. Mein Wunsch ist, dass wir hierbei über die Legislaturperiode hinaus denken. Auch bei der Digitalisierung, beim Klimaschutz und der Gestaltung der demografischen Entwicklung müssen wir noch besser werden.“

Abgeordnete persönlich



Lars Harms, SSW
geboren am 8. November
1964 in Husum/Hüsem,
Diplom-Betriebswirt,
konfessionslos, geschieden,
sechs Kinder

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich wollte, nachdem ich kostenlos die Schule besucht und auch kostenlos ein Studium absolviert hatte, etwas der Gesellschaft zurückgeben.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Profi-Fußballer, wie alle Kinder.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Sport.“

Was war Ihr allererster Job?

„Räucherholz in einer Räucherei stapeln.“

Was macht Sie wütend?

„Wenn Menschen gute Argumente nicht akzeptieren wollen, weil sie nicht in deren ideologisches Raster passen.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Wir brauchen eine verbesserte Infrastruktur – hier insbesondere elektrifizierte Schienenwege, Straßensanierung und Breitbandausbau –, damit wir uns nachhaltig wirtschaftlich entwickeln können. Die Klimaschutzmaßnahmen in Schleswig-Holstein müssen immer auch sozial gerecht umgesetzt werden. Und wir sollten an den Schulen viel mehr Friesisch-, Dänisch- und Niederdeutschunterricht haben, denn nur so erhalten wir unsere einmalige regionale Kultur.“



Jacek Jaškowiak, Bürgermeister der polnischen Stadt Posen und Mitglied der oppositionellen Bürgerkoalition, hielt Anfang September auf Einladung der Schleswig-Holsteinischen Juristischen Gesellschaft im Plenarsaal einen Vortrag über „die rechtsstaatliche Entwicklung in Polen“.



Mit etwa 50 Angehörigen von Soldaten im Auslandseinsatz war das Familienbetreuungscenter (FBZ) der Bundeswehr in Kiel Ende August zu Gast im Landtag. Dabei wurden Günter Roden (2. v. li.) und Birgit Sellmer-Schönhoff (2. v. re.) für ihre ehrenamtliche Tätigkeit mit einer Dankesurkunde ausgezeichnet, überreicht vom Kommandeur des Landeskommandos Schleswig-Holstein, Oberst Axel Schneider (Mitte). Links: Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber, rechts: Oberstabsfeldwebel Andreas Vöge, Leiter des FBZ Kiel.



Pascal Hector ist seit Juli neuer deutscher Botschafter in Kopenhagen. Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer empfing den gebürtigen Saarländer Anfang September zum Antrittsbesuch im Landeshaus. Hector besichtigte den Plenarsaal und trug sich ins Gästebuch ein, bevor Krämer ihn zu einem politischen Vier-Augen-Gespräch ins Kaminzimmer des Landeshauses einlud.

Zu Besuch im Landeshaus



Anton Fuge (li.) und Luca Arnold vom Bernstorff-Gymnasium Mittelangeln in Satrup gehörten Ende September zu den Landessiegern des 68. Europäischen Wettbewerbs, der diesmal unter dem Motto „Digital EU – and You?!“ stand. Die beiden Neuntklässler aus dem Kreis Schleswig-Flensburg befassten sich mit der „Digital Life Balance“ – dem bewussten Umgang mit elektronischen Medien. Dafür gab es den Sonderpreis des Landtagspräsidenten, einen 100-Euro-Gutschein für die Landesmuseen.



Die Heckklappe eines Opel Kadett mit deutschen und dänischen Aufklebern gehört zur Ausstellung „100 Jahre Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland“, die noch bis zum 17. Oktober im Landeshaus zu sehen ist, täglich von 10 bis 18 Uhr.



Termine, Termine, Termine ...

Ausstellung zu 1.700 Jahren jüdischen Lebens

Vom 10. November bis zum 12. Dezember ist die Ausstellung „Shared History – 1.700 Jahre jüdisches Leben im deutschsprachigen Raum“ im Landeshaus zu sehen. Gezeigt werden Objekte, die die Geschichte der zentral-europäischen Juden erzählen – beginnend mit dem Edikt des römischen Kaisers Konstantin des Großen aus dem Jahr 321, das Juden erstmals Ämter in der Stadtverwaltung von Köln zugestand, und das im laufenden Jahr als Startpunkt jüdischen Lebens in Deutschland gewürdigt wird. Alltagsgegenstände, Bilder, architektonische Wahrzeichen und religiöse Symbole zeigen die verschiedenen Facetten jüdischen Lebens von Inklusion, Erfolg und Widerstandskraft über Ausgrenzung bis hin zur Verfolgung.

Das Leo Baeck Institute in New York hat die Ausstellung konzipiert. Der Landtag zeigt sie gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung, dem Antisemitismusbeauftragten der Landesregierung und dem Jüdischen Museum Rendsburg. Die Ausstellung soll am 9. November im Rahmen des Gedenkens an die Reichspogromnacht von 1938 eröffnet werden.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de

Roger de Weck liest im Landtag

In seinem Buch „Die Kraft der Demokratie“ gibt Roger de Weck „eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre“. Die Schwäche der Demokraten sei viel gefährlicher als die Lautstärke ihrer Gegner, warnt der Schweizer Publizist, ehemaliger Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“. Demokraten müssten gemeinsam an der Demokratie von morgen arbeiten, „damit Gestirge nicht die Zukunft kapern“. Am Dienstag, den 16. November, um 18:00 Uhr liest Roger de Weck im Plenarsaal aus seinem Buch. Die Lesung ist Teil der Reihe „Politische Literatur im Landtag“.

Um Anmeldung wird gebeten unter anmeldung@landtag.ltsh.de

Die Veranstaltung wird gegebenenfalls auch als Stream im Internet angeboten. Aktuelles unter www.sh-landtag.de



Sprechtag der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Herbst Außensprechtag, um Bürger vor Ort zu beraten.

Geplant sind folgende Termine:

Donnerstag, 7. Oktober: Lübeck
Dienstag, 19. Oktober: Heide
Donnerstag, 4. November: Lübeck
Dienstag, 16. November: Heide
Donnerstag, 2. Dezember: Lübeck
Dienstag, 21. Dezember: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr. Termine in **Heide** im Bürgerhaus, Neue Anlage 5, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de, Rubrik „Beauftragte“